

REPORT

Konjunktur am Höhepunkt

Bank Austria
Creditanstalt

Die Bank zum Erfolg.

REPORT

Editorial	3
Konjunktur	
Österreich-Konjunktur	4
BA-CA Konjunkturindikator	6
Internationale Konjunktur	7
Osteuropa-Konjunktur	8
Branche: Textilerzeugung	10
Finanzmarkt	
Finanzmarkt Ausblick	13
Themen	
Rohstoffpreise und Weltwirtschaft	14
2004 – das veränderte Gesicht der EU	18
Tabellen	
Österreich/International	20
Osteuropa	22

Die Autoren dieser Ausgabe:

Mag. Stefan Bruckbauer.....Leiter-Stv. der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Kurt FesselhoferMitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Marianne KagerLeiterin der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Walter Pudschedl.....Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Bernhard SinhuberMitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Günter WolfMitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt

Impressum: REPORT

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: Bank Austria Creditanstalt AG
<http://www.ba-ca.com>
 E-Mail: economic.research@ba-ca.com
 Redaktion: Abteilung Konzernvolkswirtschaft und Marktanalysen; Produktion: Public Relations
 Auskünfte: +43 (0) 50505/DW 41964 (Inhalt), +43 (0) 50505/DW 56137 (Produktion)
 Redaktionsschluss: 14. September 2004
 Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe
 Druck: AV-Druck, Faradaygasse 6, 1030 Wien
 Design&Grafik: Horvath, Leobendorf
 Gedruckt auf chlorfrei gebleichten Papier
 Titelfoto: Mauritius

Publikationen-Service:

Telefon: +43 (0) 50505/DW 56148
 Fax: +43 (0) 50505/DW 56945
 E-Mail: pub@ba-ca.com

Über die neuesten Publikationen zu Österreich und CEE informieren Sie die BA-CA EconomicNews.
 Die Anmeldung für den Gratisbezug des Newsletters kann direkt unter <http://economicresearch.ba-ca.com> vorgenommen werden.



Stabilitäts- und Wachstumspakt: Notwendige Reform

Das „ungeliebte Gebilde“, flexibel und unflexibel zugleich, weder zu Grabe getragen noch wirklich lebensfähig.

„The instability and fudge pact“ (der „Instabilitäts- und Mogelpakt“) wurde er unlängst vom Economist betitelt, soll reformiert werden. Was sagt der Pakt:

- ◆ Mittelfristig ausgeglichene Budgets, in jedem Fall unter 3 % Defizit außer bei schweren Störungen; von allen Mitgliedstaaten der EU einzuhalten (außer England), Strafsanktionen bei Nichteinhaltung für jene EU-Staaten, die auch Mitglied der Währungsunion sind.
- ◆ Schwere Störungen: Naturkatastrophen oder negatives Wirtschaftswachstum von mindestens 2 % in einem Jahr, eventuell schon bei -0,75 %, wenn sonstige schwerwiegende Gründe dazukommen.

Soweit so kompliziert; die (Eintritts-)Bedingungen für die Teilnahme an der Währungsunion bleiben davon unberührt (weniger als 3 % Budgetdefizit und weniger als 60 % des BIP Staats-schulden).

Die (berechtigte) Kritik am Stabilitätspakt war immer, dass die Defizitbeschränkungen, so wie sie in den entsprechenden Verordnungen der EU definiert sind, zuwenig Spiel-

raum für notwendige konjunkturelle Budgetanpassungen/-schwankungen (Schlagwort: automatische Stabilisatoren) lassen. Die Idee, die dahinter steht: Es muss erlaubt sein, in bestimmten konjunkturellen Schwächephasen gegenzusteuern bzw. die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen.

Wohin geht der Kommissionsvorschlag zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts? Intention ist, zu mehr Flexibilität zu gelangen ohne die (unumstrittenen) Grundprinzipien aufzugeben. Im Einzelnen:

- ◆ Die Überschreitung des Defizit von 3 % soll in Zukunft in Zeiten schlechter Konjunktur „leichter“ möglich sein.
- ◆ Den Staaten soll auch für den Defizitabbau, i.e. zur Erreichung des Ziels „close to balance“, ein längerer Zeitraum eingeräumt werden.
- ◆ Im Gegenzug dazu wird vermehrt auf das Schuldenkriterium (max. 60 % des BIP) geachtet und die „Verpflichtung“, in konjunkturell guten Jahren Budgetdisziplin zu betreiben, in höherem Maße eingefordert.
- ◆ Gleichzeitig sollen die Strukturpolitik, Innovation und Wettbewerb im Sinne der Lissabon-Strategie in der Budgetpolitik der Mitgliedstaaten einen höheren Stellenwert erhalten.

Das Kunststück der Reform wird es sein, die „außer-gewöhnlichen Umstände“, die ein Abweichen vom Budgetplan bzw. ein Überschreiten der 3 % erlauben, einerseits so flexibel zu definieren, dass der Pakt eine Konjunkturpolitik nicht unmöglich macht, und andererseits verbindlich genug, um eine „freerider position“ einzelner Staaten zu unterbinden.

Die warnenden Stimmen der Notenbanken – in ihrer Eigenschaft als Hüterinnen der Stabilität, sind verständlich, Überreaktionen aber schlichtweg nicht angebracht.

Denn bei aller Diskussion über den Stabilitätspakt darf man nicht übersehen, dass abgesehen vom Postulat eines mittelfristig ausgeglichenen Haushalts, die einzelnen Kriterien (3 %, 60 %) ökonomisch eher willkürlich gewählt sind bzw. auf der historischen Erfahrung der frühen 90er Jahre beruhen. (Die durchschnittliche Staatsverschuldung war damals 60 % des BIP, das nominelle Wachstum 5 %, damit steigt die Staatsschuld (60 %) nicht, solange das Budgetdefizit kleiner als 3 % ist.)

Unbestritten ist weiterhin:

- ◆ Eine gemeinsame Währungspolitik braucht eine verbindlich koordinierte Finanzpolitik der Mitgliedstaaten.
- ◆ Es hilft kein Pakt, dessen Einhaltung politisch nicht

möglich und ökonomisch nicht sinnvoll ist.

- ◆ Gemeinsame Regelwerke haben nur dann einen Sinn bzw. sind nur dann erfolgreich, wenn sie transparent, für alle gültig, leicht nachvollziehbar und politisch „machbar“ sind.
- ◆ Gerade die oft so bewunderten USA haben Europa in den letzten Jahren gezeigt, was flexible Geld- und Fiskalpolitik heißt. Die Budgetsal-den fielen von +2,6 % des BIP 2000 auf -3,8 % des BIP 2004.

Abschließend sei betont, die reine Nachahmung dieser Politik soll hier nicht empfohlen werden. Mehr Flexibilität innerhalb eines mittelfristig angelegten Rahmenwerkes würde jedoch nicht nur den derzeitigen Budgetsündern Deutschland, Frankreich, Italien usw. helfen, ihre Konjunktursituation zu verbessern, sondern auch den Anpassungsbedarf der Budgets der schneller wachsenden und geringer verschuldeten neuen Mitgliedstaaten (durchschnittliche Staatsverschuldung 44 % des BIP) verringern und somit ihren Strukturwandel und ihre Infrastrukturinvestitionen erleichtern.



War das alles?

Die Konjunktur in Österreich – Analyse und Prognose für 2004 und 2005

Die erkennbare Konjunkturbelebung dürfte im zweiten Halbjahr 2004 einen vorläufigen Höhepunkt erreichen. 2005 wird im Vergleich zur zweiten Jahreshälfte 2004 die Dynamik der österreichischen Wirtschaft wieder nachlassen. Sowohl für 2004 als auch für 2005 rechnen wir im Jahresdurchschnitt mit einer Steigerung des BIP um 2 % (real).

Die Entwicklung der Weltwirtschaft zeigt auch weiterhin Zeichen einer Erholungsphase, allerdings dürfte der Zenit dieser Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2004 überschritten werden.

Im Jahresdurchschnitt sollten die Industrieländer heuer um 4 % (real; 2003: + 2,5 %) zulegen können, für 2005 erwarten wir +3,0 %.

Insbesondere die USA weisen eine dynamische Entwicklung auf, so dass für das Gesamtjahr mit einem BIP-Zuwachs in Höhe von 4,3 % (real; 2003: 3,0 %) und für 2005 von +3,5 % gerechnet wird.

Auch die japanische Wirtschaft zeigt im laufenden Jahr eine deutlich bessere Entwicklung als in den Vorjahren. Die Exportwirtschaft verzeichnet zweistellige Zuwächse und auch die Inlandsnachfrage verbessert sich. Für 2004 wird ein Wirtschaftswachstum von 4,4 % (2003: +2,6 %) erwartet, für 2005 ein Zuwachs von 2,1 %.

Die wirtschaftliche Dynamik des Eurolandes ist im Vergleich dazu deutlich geringer. Zwar wird auch diese Region im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr (2003: +0,5 %; real) eine erkennbare Steigerung ihres BIP-Zuwachses erreichen können, per saldo wird dies aber nur ein Plus von 1,8 % sein. 2005 wird mit einem niedrigeren Wachstum von 1,5 % gerechnet.

Die schwächste Entwicklung werden 2004 voraussichtlich die Niederlande und Portugal mit jeweils einem Wirtschaftswachstum von nur 1 % aufweisen.

Weiterhin unbefriedigend ist die Entwicklung in Deutschland. Zwar konnten die deutschen Exporte an der

Belebung der Weltwirtschaft partizipieren, aber die Binnennachfrage ist auch weiterhin nicht sehr dynamisch. In Summe wird das Wachstumsplus im Jahr 2004 voraussichtlich bei 1,3 % liegen (2005: +1,2 %).

Die österreichische Wirtschaft wird im Vergleich zur Entwicklung im Euroraum ein etwas besseres Ergebnis erreichen können.

Die Industrie setzte zu Jahresbeginn ihre Konjunkturerholung fort und die bisher vorliegenden Daten lassen den Schluss zu, dass sich die Dynamik im zweiten Quartal erhöht hat. Noch keine Zeichen der Erholung waren hingegen beim privaten Konsum zu erkennen.

Für das zweite Halbjahr wird davon ausgegangen, dass durch die verbesserte weltwirtschaftliche Lage auch die österreichische Wirtschaft positiv beeinflusst wird. Wichtige Impulse werden dabei von den Exporten und den Ausrüstungsinvestitionen ausgehen.

Aufgrund der schwächeren Entwicklung des ersten Halbjahres wird für den Jahresdurchschnitt 2004 mit einem BIP-Wachstum von 2 Prozent (real) gerechnet.

Der private Konsum sollte im weiteren Verlauf an Dynamik gewinnen können. Allerdings ist damit zu rechnen, dass sich die Auslandsnachfrage im Jahresverlauf 2005 abschwächen wird, so dass die Konjunktorentwicklung immer

Konjunkturprognose Österreich

Wachstum real, in %	2001	2002	2003	BA-CA Prognose September 2004	
				2004	2005
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,8	1,4	0,7	2,0 =	2,0 -
Privater Konsum	1,4	0,8	1,2	1,7 =	2,4 +
Bruttoinvestitionen	-2,5	-3,3	6,0	2,8 -	3,1 +
Ausrüstungsinvestitionen	-2,1	-5,2	6,2	4,5 +	3,9 -
Bauinvestitionen	-2,5	-0,7	3,3	1,9 =	2,1 +
Exporte im weiteren Sinn	7,5	3,7	2,5	5,4 -	4,9 -
Importe im weiteren Sinn	5,9	1,2	5,5	4,8 -	5,3 -
Leistungsbilanzsaldo					
(in Mrd. Euro)	-4,1	0,4	-2,0	-1,0 =	-1,3 =
(in % des BIP)	-1,9	0,2	-0,9	-0,4 =	-0,5 =
Verbraucherpreisanstieg (%)	2,7	1,8	1,3	1,7 =	1,4 =
Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)	3,6	4,2	4,4	4,3 -	4,1 -
Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)	6,1	6,9	7,0	7,0 =	6,7 =

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft / + der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht / - der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt / = gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung / x in der letzten Prognose gab es keinen vergleichbaren Wert

mehr von der Inlandsnachfrage getragen werden wird.

Insgesamt wird sich die Konjunkturdynamik abschwächen. Für den Jahresdurchschnitt könnte sich aber dennoch eine Steigerung um 2 % (real) ausgeben.

Außenhandel

Die Verbesserung der internationalen Konjunktur greift auch auf die österreichische Exportwirtschaft über. Die Warenexporte werden 2004 voraussichtlich um 5,6 % (real) zunehmen und damit mehr als doppelt so stark wachsen wie 2003 (+2,7 %).

Insbesondere die Exporte in die neuen EU-Länder sollten per saldo wieder eine zweistellige Zuwachsrate erzielen können.

Im Zuge der im Jahresverlauf 2005 erwarteten Wachstumsabschwächung wird allerdings auch die Exportwirtschaft wieder etwas an Dynamik verlieren. Dennoch müsste ein Zuwachs der Warenexporte um 5 % (real) erreicht werden können.

Importseitig sollte das Wachstum etwas schwächer ausfallen, da sich hier das verhaltene Wachstum des privaten Konsums entsprechend auswirkt. Die bisher vorliegenden Daten lassen davon ausgehen, dass die Warenimporte 2004 um etwa 4,3 % (real) zunehmen werden.

Die Belebung des privaten Konsums im nächsten Jahr wird dann wieder zu einer verstärkten Nachfrage nach importierten Gütern führen. Im Jahresdurchschnitt sollte dies ein Importwachstum von 6,2 % ergeben.

Ausrüstungsinvestitionen als Wachstumsträger

Zu Beginn des Jahrtausends hatten sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauin-

vestitionen eine rückläufige Tendenz. 2003 stiegen insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen wieder stark an, mit über 6 % sogar stärker als aufgrund des Konjunkturverlaufes zu erwarten war. Notwendige Erneuerungsinvestitionen sowie die ursprünglich bis Ende 2003 befristete Investitionszuwachsprämie werden als Gründe dafür angeführt. Für 2004 ist zu erwarten, dass die gute Entwicklung der Exportwirtschaft sowie generell eine optimistischere Unternehmerstimmung auch zu einer konjunkturbedingten Ausweitung der Investitionen führt. Für das Jahr 2004 erwarten wir ein Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von 4,5 % (real).

2005 wird sich die Dynamik zwar etwas abschwächen, aber der erwartete Zuwachs von 3,9 % (real) wird deutlich über dem Wachstum der Gesamtwirtschaft sein.

Im Tiefbaubereich herrscht im laufenden Jahr eine gute Auftragslage. Nach der Zurückhaltung der letzten Jahre hat die öffentliche Hand nun wieder ihre Nachfrage nach Tiefbauleistungen verstärkt.

Im Hochbau ist zur Zeit die Lage weniger günstig. Nur der Industriebau hat im Zusammenhang mit der Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen eine bessere Ausgangslage, während Büro- und Wohnungsbau eher rückläufige Tendenzen aufweisen. Per saldo gehen wir für 2004 von einer Zunahme der Bauinvestitionen um 1,9 % (real) aus.

Für 2005 ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen. Wir erwarten eine Steigerung um 2,1 % (real).

Konsum noch zurückhaltend

Die Konsumentenstimmung lässt derzeit zu wünschen übrig, allerdings erwarten wir eine Verbesserung gegenüber dem schwachen ersten Halbjahr 2004. Arbeitsmarktsituation, Abgabenerhöhungen und die Unsicherheit über die Zukunft des Sozialsystems lassen die Konsumenten zurückhaltend agieren. Die bisherige Entwicklung lässt den Schluss zu, dass der private Konsum im Jahr 2004 um 1,7 % (real) zunehmen wird. Dies wird zwar etwas besser als im Vorjahr sein (2003: +1,2 %), aber deutlich unter dem langjährigen Wachstumsdurchschnitt liegen.

Für 2005 wird durch die Steuerreform eine Steigerung der Einkommen erwartet, die sich auf die Konsumentenstimmung entsprechend positiv auswirken sollte. Wir erwarten eine Steigerung der Konsumausgaben um 2,4 % (real).

Inflation keine Gefahr

Trotz der Steigerung der Verbraucherpreise im Juli um 2,3 % (im Vergleich zum Juli 2003) gehen wir davon aus, dass keine akute Gefahr einer sich beschleunigenden Inflation besteht.

Die Preissteigerungen im ersten Halbjahr 2004 waren im Wesentlichen zurückzuführen auf den Anstieg der Energiepreise. Es ist damit zu rechnen, dass auch in den folgenden Monaten die Verbraucherpreisentwicklung durch den Energiepreisanstieg geprägt sein wird. Allerdings sollten in absehbarer Zeit diese Preise wieder eine rückläufige Tendenz aufweisen.

Weitere Preistreiber waren die überdurchschnittlich gestiegenen Lebensmit-

telpreise sowie Tabakwaren und einige Dienstleistungspreise (z. B. Versicherungen, Restaurants, Kfz-Instandhaltung), während von Telekom, Gesundheit und auch Computer preissenkende Effekte ausgingen.

Im Jahresdurchschnitt 2004 wird sich die Inflation per saldo auf 1,7 % erhöhen. Auf Grund des Basiseffektes ist für 2005, trotz hoher Ölpreise, mit einem Rückgang der Preissteigerungsrate auf 1,4 % zu rechnen.

Arbeitsmarkt weiter unbefriedigend

Die Arbeitslosenquote (nach AMS-Berechnung) liegt seit den Sommermonaten des Vorjahres bei 7 %. Mit einer ausgeprägten Ausweitung der Nachfrage nach Arbeitskräften ist auch in den nächsten Monaten nicht zu rechnen, so dass die relativ hohe Arbeitslosigkeit auch weiterhin bestehen bleiben wird. Für den Jahresdurchschnitt 2004 gehen wir von einer Arbeitslosenquote von 7 % aus. 2005 könnte ein leichter Rückgang auf 6,7 % möglich sein (nach Eurostat 4,3 % bzw. 4,1 %).

Der Beschäftigungsrückgang verflacht sich zur Zeit in der Sachgütererzeugung und in der Bauwirtschaft. Der Dienstleistungssektor stellt sogar zusätzliche Arbeitskräfte ein. Auf Basis der Sozialversicherungsmeldungen ist davon auszugehen, dass im Jahr 2004 im Durchschnitt knapp 12.000 (+0,3 %) zusätzliche unselbständig Beschäftigte registriert sein werden. 2005 ist mit einer weiteren Steigerung um 0,9 % zu rechnen. Aufgrund der merklichen Zunahme an ausländischen Arbeitskräften ist aber diese Beschäftigungsausweitung zu gering, um die Arbeitslosenquote merkbar zu verringern. ■

BA-CA Konjunkturindikator

Konjunktur erreicht Höhepunkt!

Die Konjunktur erreicht im zweiten Halbjahr ihren vorläufigen Höhepunkt. Öl- und Rohstoffpreise belasten 2005, insgesamt kosten sie 0,75 % Wachstum. 2005 lässt die Konjunkturdynamik wieder nach.

Der monatliche BA-CA Konjunkturindikator zeigt für den Juli einen Anstieg von 2,2 auf 2,4. Damit erreicht der Konjunkturindikator den höchsten Wert seit Ende 2002. Die Verbesserung des Indikators erfolgte dabei auf breiter Basis. Sowohl bei der Industrie als auch bei den Konsumenten kam es im Juli erneut zu einer leichten Stimmungsverbesserung. Auch das Industrievertrauen im Euroraum legte im Juli erneut

leicht zu. Allerdings zeigen einige internationale Vorlaufindikatoren, vor allem im Euroraum, dass vorläufig mit keiner weiteren Verbesserung der Stimmung zu rechnen ist.

Weiterhin bleibt die Industrie in ihrer Dynamik deutlich über dem privaten Verbrauch, der auch im zweiten Quartal nur wenig zulegen konnte. Trotzdem dürfte die starke Industriekonjunktur zu einer spürbaren Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im zweiten Quartal beigetragen haben. So wie im Euroraum hat auch Österreichs Wirtschaft im zweiten Quartal an Fahrt gewonnen. Weiterhin zeigen die Exporte und damit auch die Industrieproduktion sehr starke Zu-

wächse, der private Konsum enttäuscht weiterhin, wird sich jedoch im Verlauf des zweiten Halbjahres verbessern.

Nach unserer Meinung machen sich derzeit die hohen Öl- und Rohstoffpreise noch nicht so stark bemerkbar, da sie durch die robuste

Weltkonjunktur mehr als ausgeglichen werden. Daher bleiben wir auch bei einer

Wachstumsprognose von 2 % für 2004.

Für 2005 sind wir nun jedoch etwas pessimistischer, was zum Teil mit der negativen Wirkung des Ölpreises, vor allem aber mit der sich nun wieder abschwächenden Weltkonjunktur zu tun hat. 2005 wird die weltwirtschaftliche Dynamik von 4 % auf

3 % zurückgehen, damit wird der Export als Wachstumsmotor weniger stark wirken. Zwar gehen wir davon aus, dass sich der private Konsum aufgrund der leichten Verbesserung am Arbeitsmarkt und auch der Steuerreform 2005 dynamischer zeigen wird als 2004, Export und Investitionen werden jedoch nachlassen. Auch der Ölpreis, den wir im Jahresdurchschnitt auf 39 US-Dollar schätzen, wird sich leicht dämpfend auswirken. Insgesamt kostet der Ölpreisanstieg von 29 US-Dollar im Jahresdurchschnitt 2003 auf 39 US-Dollar im Jahresdurchschnitt 2005 0,75 Prozentpunkte Wachstum.

Damit dürfte die Konjunkturdynamik im zweiten Halbjahr 2004 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen. ■

Ölpreis kostet in Summe 0,75% Wachstum.

Bank Austria Creditanstalt Konjunkturindikator Österreich

Der BA-CA Konjunkturindikator versucht, eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben.

Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation, der über die Befragung der Industrie hinausgeht, zu erhalten.

Die Komponenten des BA-CA Konjunkturindikators sind:

- ◆ das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10 %),

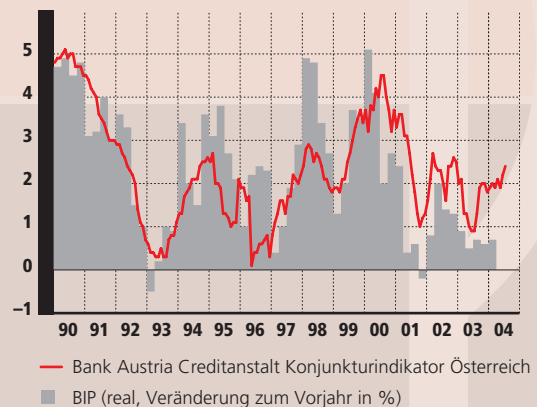
- ◆ das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30 %),

- ◆ das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50 %),

- ◆ das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10 %).

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem „EU Business and Consumer Survey“.

Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums.



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur international

Globale Konjunktur erreicht Höhepunkt

USA und Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft konnte im zweiten Quartal 2004 so wie im ersten mit rund 5 % wachsen. Erneut konnte die US-Wirtschaft (im Vergleich zum Vorquartal auf Jahresbasis) stärker als der Euroraum wachsen, der Anstieg ging jedoch von 4,5 % auf 2,8 % zurück. Im Jahresvergleich lag damit die Wachstumsrate noch immer bei fast 5 %, die höchste Jahreswachstumsrate der USA seit zwanzig Jahren. Auch Japan erreichte wieder fast 5 %, den höchsten Wert seit mehr als zehn Jahren. China blieb mit einem Wachstum von fast 10 % ebenfalls so dynamisch wie in den letzten Quartalen.

Mit ihrer Wachstumsrate von 2,8 % deutet die US-Wirtschaft erstmals eine Wachstumsverlangsamung an. Der Rückgang der Dynamik war im Wesentlichen auf eine deutliche Verlangsamung des

privaten Konsumwachstums zurückzuführen. Statt 4 und mehr Prozent konnte der Konsum nicht einmal um 2 % wachsen. Auch die anhaltend hohe Importdynamik bei gleichzeitig weiterhin deutlich geringerer Exportdynamik dämpft die US-Konjunktur. Trotz dieses Rückgangs bei der Konsumdynamik, die angesichts der starken Zuwächse der letzten Jahre zu erwarten war, deutet für die US-Wirtschaft nichts auf eine drohende Rezession hin. Im Gegenteil, die Zuwächse bei den Investitionen blieben stark, konnten sogar nochmals zulegen. Dieses positive Signal für die weitere Konjunktur-entwicklung wird auch durch die Stimmungsindikatoren bekräftigt.

Zwar musste der ISM-Einkaufsmanagerindex einen erkennbaren Rückgang von 62 auf 59 im August verzeichnen, 59 deutet aber weiterhin auf

eine Fortsetzung der Zuwächse bei der Industrieproduktion hin. Die Industrieproduktion legte auch im Juli um 0,4 % zum Vormonat zu und lag damit fast 5 % über dem Vorjahr. Auch der Einzelhandel konnte im Juli, nach dem schwächeren zweiten Quartal, bereits wieder zulegen.

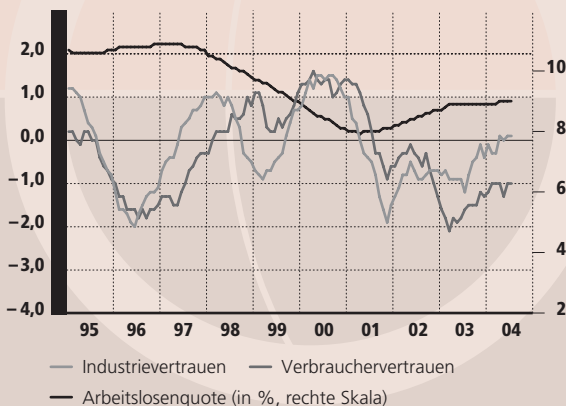
Der Rückgang der Stimmungsindikatoren in den USA belegt trotzdem das Erreichen des konjunkturellen Höhepunktes. Gleichzeitig ist jedoch kein Zeichen einer Rezession zu erkennen. Allerdings ist in den nächsten Quartalen mit weniger Dynamik zu rechnen. Das Wirtschaftswachstum wird sich um die 3 % einpendeln.

Euroraum

Der Euroraum belebte sich zwar auch, konnte aber mit 2 % zum Vorjahr (bzw. 2,1 % zum Vorquartal auf Jahresbasis) nicht mit der Welt-

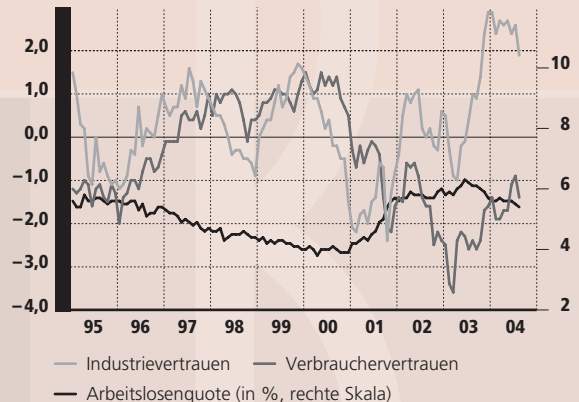
wirtschaft mithalten. Trotzdem zeigen sich nun auch im Euroraum positive Effekte der Weltwirtschaftsdynamik. Selbst Deutschland erreichte fast 2 % Wachstum. Trotzdem ist ein selbsttragender Aufschwung weiterhin nicht erkennbar. Das Wachstum ist in erster Linie durch Exporte getragen. So enttäuschte die Entwicklung in Deutschland erneut, der private Konsum lag im zweiten Quartal erneut unter dem Vorjahreswert, die Investitionen zeigten lediglich Stagnation. Auch die Stimmungsindikatoren lassen in nächster Zeit nur wenig zusätzliche Dynamik bei der Inlandsnachfrage erkennen. Die Stimmung der Konsumenten konnte sich bisher kaum verbessern. Die Stimmung der Industrie bleibt jedoch angesichts der Exportdynamik relativ gut, auch wenn etwa der Ifo-Index im August leicht zurückging. Angesichts der fehlenden Binnennachfrage und der nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik wird auch der Euroraum nachlassen. Insgesamt ist im Euroraum, nach 1,8 % 2004, 2005 nur mit 1,5 % Wachstum zu rechnen. ■

Konjunktur Euroraum



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur USA



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur Zentral- und Osteuropa

Wachstumsdynamik am Höhepunkt

Derzeit sorgt die Innenpolitik in den Ländern der Region international für Schlagzeilen. Davon unbehelligt läuft der Wirtschaftsmotor zwar reibungslos, die steigende Inflation lässt jedoch zunehmend Konjunkturängste aufkeimen.

Die Personalrochaden in der Politik der Länder Zentral- und Osteuropas haben in den letzten Wochen für internationales Aufsehen gesorgt. Mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Péter Medgyessy ist innerhalb weniger Monate der dritte Regierungschef aus einem der neuen EU-Mitgliedsländer zurückgetreten. Mit dem Wechsel von Miller zu Belka in Polen, von Spidla zu Gross in der Tschechischen Republik und von Medgyessy zu Gyurcsány in

Ungarn hat sich in diesen Ländern die Parteizusammensetzung der Regierungskoalitionen zwar nicht geändert, der politische Entscheidungsprozess war zwischenzeitlich jedoch zumindest gebremst. Die wirtschaftliche Dynamik hat durch die politischen Turbulenzen, mit denen u. a. auch die Regierungen in der Slowakei und in Litauen konfrontiert waren, offensichtlich aber nicht gelitten. Die Wirtschaft Osteuropas hat nach einem kraftvollen Start ins laufende Jahr die hohe Dynamik in den folgenden Monaten zwar nicht ganz halten können, beschreitet aber weiterhin einen schwungvollen Wachstumspfad.

Im ersten Halbjahr 2004 betrug der Anstieg des BIP in den acht neuen EU-Mitgliedern aus der Region durchschnittlich sogar 5,4 %. (Die

Zahlen für Estland und Slowenien für das zweite Quartal liegen noch nicht vor, dürften aber am Gesamtergebnis wenig ändern.) Dabei war dieser hohe Wert vor allem von der Entwicklung in Polen bestimmt, wo sich das Wirtschaftswachstum sogar auf real 6,5 % im Jahresabstand beschleunigte. Die Slowakei mit einem Plus um 5,4 % im Jahresvergleich und auch Ungarn mit einem Wachstum von über 4 % überraschten positiv. Auch die Tschechische Republik konnte immerhin 3,8 % erreichen. Damit hat in fast allen neuen EU-Mitgliedsländern die Wirtschaftsdynamik im ersten Halbjahr 2004 an Elan gewonnen. Ausnahme ist nur Litauen. Es ist allerdings nicht verwunderlich, dass Litauen das außergewöhnliche Ergebnis des vierten

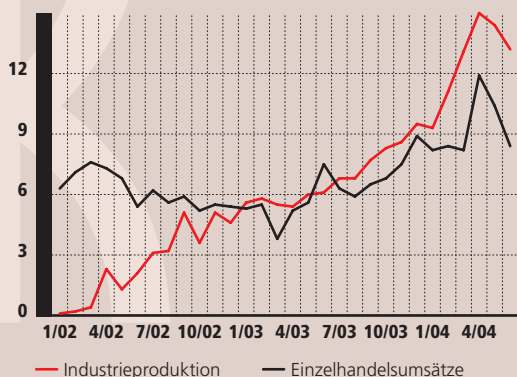
Quartals von +10,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal zu Jahresbeginn 2004 nicht wieder erreichen konnte. Mit 7,7 % im ersten Quartal und 6,9 % im zweiten Quartal war der Anstieg des BIP dennoch höchst beachtlich.

Industrie und Einzelhandel anhaltend stark

Die bisher vorliegenden Indikatoren bestätigen die fortgesetzte Wachstumsstärke in der Region. Die Industrieproduktion hat im zweiten Quartal im Durchschnitt der acht neuen EU-Mitglieder um mehr als 13 % real im Jahresabstand expandiert und damit das beeindruckende Wachstum des ersten Quartals wiederholen können. Weiterhin waren vor allem die exportabhängigen Branchen, wie u. a. die Fahrzeug- und die Elektro-/Elektronikindustrie

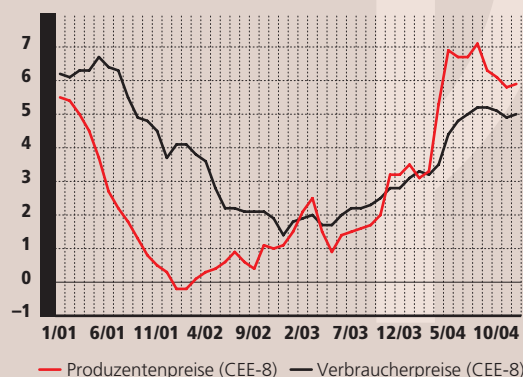
Entwicklung von wichtigen Konjunkturindikatoren

(gewichteter 3-Monatsdurchschnitt CEE-8, im Jahresvergleich)



Inflationsentwicklung in CEE-8

(gewichteter Durchschnitt in % im Jahresvergleich)



Quelle: Nationale Statistik, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

für die kräftige Produktionsausweitung verantwortlich. Polen, Tschechien, Ungarn und Litauen haben dabei zweistellige Zuwachsraten im zweiten Quartal verzeichnen können. Die Dynamik war in der gesamten Region sehr kräftig.

Auch der Einzelhandel als Indikator für den privaten Konsum zeigt für die Monate April bis Juni eine anhaltend schwungvolle Entwicklung an. Mit knapp über 8 % war der Anstieg im Jahresvergleich im ersten und im zweiten Quartal des laufenden Jahres etwa gleich stark. Neben den baltischen Ländern weist auch Polen eine Wachstumsrate über der 10 %-Marke auf, wenn auch in Litauen und in Polen mit sinkender Tendenz. Die Tschechische Republik und Slowenien sind hinsichtlich der Einzelhandelsdynamik dagegen die Schlusslichter in der Region. In beiden Ländern zeigte sich jedoch in den letzten Monaten eine Aufwärtstendenz.

Obwohl sowohl Industrie- als auch die Einzelhandelsentwicklung auf eine etwa gleichbleibende Dynamik in der Region hinweisen, erwarten wir für das zweite Halbjahr in allen Ländern ein etwas geringeres Wirtschaftswachstum als im ersten Halbjahr. Zurückzuführen ist das auf Entwicklungen im Außenhandel. In Zusammenhang mit dem EU-Beitritt stiegen im April und teils auch im Mai die Importe in fast allen Ländern deutlich stärker als die Exporte, ausgelöst durch die Nachfrage nach Waren, die sich durch zollrechtliche Veränderungen durch die EU-Mitgliedschaft verteuern. Diese Vorziehkäufe führten zu einer Verschlechterung des Außenbeitrags und dämpften somit voraussicht-

lich das Wachstum. Tendenziell scheint der Konjunkturmehrpunkt mittlerweile erreicht zu sein. In den folgenden Quartalen erwarten wir eine Stabilisierung des Wachstums auf tieferem, aber dennoch beachtlichem Niveau. Für die gesamte Region rechnen wir für das Gesamtjahr 2004 derzeit mit einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4,9 %, wobei neben den hohen Werten im Baltikum vor allem die kräftige Dynamik in Polen, mit einem Anstieg des BIP um 5,8 %, unterstützend wirkt. Im Vergleich zum Vorjahr wird 2004 das Wirtschaftswachstum damit in fast allen Märkten der Region höher ausfallen. Dagegen wird der Anstieg des BIP 2005 bedingt durch verschlechterte weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit durchschnittlich 4,3 % voraussichtlich etwas schwächer ausfallen, wobei nur in Ungarn und Estland eine moderate Aufwärtstendenz zu erwarten ist.

Inflationssorgen nehmen zu

Angesichts des deutlichen Anstiegs des Ölpreises feiern Inflationssängste in den Ländern der Region, die durch die Jahre der Hyperinflation zu Beginn des Reformprozesses sensibilisiert sind, ein Comeback. Nach den historischen Tiefstständen in der ersten Jahreshälfte 2003 hat sich seither tatsächlich ein zum Teil kräftiger Preisauftrieb manifestiert. Im Juni des Vorjahres hatte die jährliche Verbraucherpreis-inflation im gewichteten Durchschnitt der acht neuen EU-Mitglieder der Region (CEE-8) nur knapp mehr als 2 % betragen. Für Juli 2004 ergibt sich dagegen bereits ein durchschnittlicher Inflationswert von 5 %. Die

beiden Ausnahmen vom steigenden Trend sind die Slowakei und Slowenien. Nach Steuer- und Gebührenanhebungen war in der Slowakei bereits das Jahr 2003 von einem kräftigen Inflationsschub gekennzeichnet und auch in Slowenien hat die Erhöhung von administrierten Preisen die Teuerung im Vorjahr relativ hoch gehalten. Der Wegfall dieser Faktoren konterkariert nun den allgemein steigenden Preistrend des laufenden Jahres. Besonders kräftig fiel dagegen der Inflationsanstieg in Estland, Ungarn und Polen aus. In Estland beschleunigte sich die Teuerung von 0,3 % auf 4,1 %, in Ungarn von 4,3 % auf 7,2 % und in Polen von 0,8 % auf 4,6 % (jeweils jährliche Inflation im Juni 2003 bzw. Juli 2004).

Die Inflationssorgen sind angesichts der sich im ersten Halbjahr 2004 beschleunigten Teuerung und insbesondere des hohen Ölpreises verständlich.

Abgesehen davon, dass die aktuelle Preisentwicklung auch im Lichte des Konjunkturtrends in Zentral- und Osteuropa zu sehen ist, die sich in einer relativ kräftigen, mittlerweile vorwiegend exportgetriebenen Aufschwungsphase befindet, sind die sonstigen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Inflation aber relativ günstig. So werden die aktuellen Konvergenzprogramme vor allem die großen Länder zwingen, eine restriktivere Budgetpolitik zu betreiben und diese Trendumkehr in der Budgetpolitik sollte zu einer Abnahme bestehender nachfrageinduzierter Inflationsschübe beitragen. Zudem waren die Hauptursache für die Inflationsbeschleunigung der letzten Monate vor allem einmalige,

temporär wirkende Faktoren, deren belastende Wirkung zumindest teilweise bereits abnimmt. Dazu zählen vor allem Steuer- und Gebührenanhebungen u. a. im Zusammenhang mit dem Beitritt zur EU gestiegene Nahrungsmittelpreise und Rohstoffpreisanstiege, vor allem von Erdöl. Bereinigt um volatile Bestandteile ist der Preisauftrieb in den Ländern der Region daher deutlich geringer. Die Teuerung ohne Energie und Saisonnahrungsmittel ausgedrückt in Form der Kerninflationsrate liegt in den Ländern deutlich unter dem Wert der gesamten Verbraucherpreis-inflation und zeigt zudem eine relativ stabile Entwicklung. In Ungarn betrug u. a. die Kerninflationsrate im Juli 5,9 % im Jahresabstand (VPI: 7,2 %) und weist sogar eine rückläufige Tendenz auf. Besonders hoch ist der Unterschied in der Slowakei, wo die Kerninflationsrate bei einer Gesamtinflation von 8,5 % nur 2,7 % ausmacht.

Zumal der Anstieg der Erdölpreise, der zwar stärker, als noch vor wenigen Monaten erwartet, ausgefallen ist, durch den gleichzeitigen Kursgewinn der heimischen Währungen im Verbund mit dem Euro gegenüber dem US-Dollar gemildert wird, rechnen wir, dass in den meisten Ländern der Region der Höhepunkt der Teuerung mittlerweile erreicht ist und sich die jährlichen Inflationswerte – wenn auch auf höherem Niveau als 2003 – in den nächsten Monaten stabilisieren sollten. Nach unserer Einschätzung wird durch diese höheren Inflationswerte das Wirtschaftswachstum in den Ländern der Region Zentral- und Osteuropa keine nennenswerten Einbußen erleiden. ■

Textilerzeugung

Kein Ende der Restrukturierung

Österreichs Textilerzeugung verliert weiterhin Arbeitsplätze, aufgrund der Abwanderung von Produktionen, verstärkt durch die schwache Textilkonjunktur.

Die massiven Restrukturierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre waren aber erfolgreich: Produktivität, Wertschöpfung und schließlich die Konkurrenzfähigkeit sind gestiegen, die textile Handelsbilanz hat sich sukzessive verbessert. Obwohl die Handelsliberalisierung 2005 vor allem Arbeitsplätze mit geringer Qualifikation gefährdet, wie es sie in Österreich kaum mehr gibt, zeichnet sich noch kein Ende der prekären wirtschaftlichen Situation der heimischen Textilerzeugung ab.

Restrukturierungsoffer

Die Textil- und Bekleidungsproduktion zählt zu den am stärksten „internationalisierten“ Branchen der Sachgütererzeugung. Der tief zergliederte Produktionsprozess ist in vielen Segmenten praktisch über die ganze Welt verteilt. Österreich als Textilstandort spielt in diesem Prozess eine geringe Rolle, mit einem 2-Prozent-Anteil am Umsatz der EU-Textilindustrie (von rund 116 Mrd. Euro 2002). Die führenden europäischen Textilländer sind Italien (EU-Umsatzanteil 32 %), Frankreich (13 %), Deutschland (12 %) und Großbritannien (11 %).

Der Sektor ist fast zum Synonym für den Strukturwandel in der Sachgütererzeugung geworden: In der Textilerzeugung sind seit Mitte der 90er Jahre ein Viertel beziehungsweise knapp 6.000 Arbeitsplätze verschwunden (in der Bekleidungsproduktion sogar über 40 % bzw. 8.000 Jobs; in der Sachgütererzeugung vergleichsweise nur 6 %). Bis in die 80er Jahre war die technologische Entwicklung (z. B. bei Kunstfasern) die wesentliche Triebfeder des Strukturwandels, seither ist es die sukzessive Liberalisierung des internationalen Textil- und Bekleidungshandels. In den letzten Jahren verlor die Strukturbereinigung in der Textilerzeugung zwar an Dynamik, ohne aber eine Trendwende anzukündigen: Die Beschäftigung in der Branche ist im ersten Halbjahr 2004 um weitere 4 % gesunken.

Restrukturierungserfolge ...

Die zwei Sparten Strick- und Wirkwarenerzeugung und die Erzeugung von Teppichen, beschichteten Geweben und sonstigen technischen Textilien tragen jeweils rund 20 % zum Branchenumsatz bei; Gewebe- und Garnerzeuger jeweils knapp 18 % und die Textilveredelung und Hersteller konfektionierter Textilwaren etwa 10 %. Mit Ausnahme bei Strick- und Wirkwaren haben sich die Exporte in allen textilen Produktgruppen

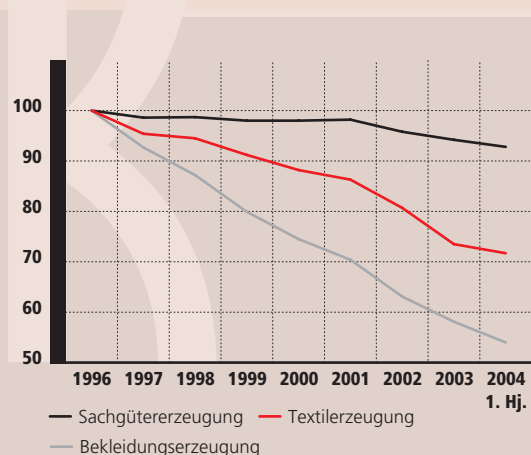
nach 1995 besser als die entsprechenden Importe entwickelt, die textile Handelsbilanz hat sich sukzessive verbessert. Auch wenn sich anhand der Daten das Ausmaß der Importe aus passivem Veredelungsverkehr beziehungsweise von ausländischen Produktionsstätten heimischer Hersteller nicht erkennen lässt, ist die Entwicklung ein Signal für die Verbesserung der Wettbewerbsposition der Branche. Der Strukturwandel in den 90er Jahren brachte der österreichischen Textilindustrie Produktivitätsgewinne und verbesserte die Wertschöpfung (die 2002 pro Beschäftigten um fast 40 % über dem EU-Schnitt gelegen ist).

Aufgrund ihrer relativ hohen Kapitalintensität ist die

Textilerzeugung beispielsweise im Vergleich zur Bekleidungsproduktion weniger sensibel gegenüber der Lohnkostenbelastung. Konkurrenzfähigkeit und Ertragskraft der Unternehmen hängen aber umso stärker von den Vormaterialkosten ab, d. h. von der Menge und vom Preis der Zulieferungen. Letztlich kann die Branche ihre Wettbewerbsfähigkeit nur dann erhalten, wenn sie sich auf qualitativ hochwertige Produkte spezialisiert und darüber hinaus alle arbeitsintensiven und/oder technisch einfachen Prozesse in Niedrigkostenländern verlagert. Dass Österreichs Textilindustrie diese Option immer stärker nutzt, lässt sich anhand des wachsenden Materialkosten-

Stellenabbau im Textilsektor

Unselbständig Beschäftigte, 1996=100



Quelle: Statistik Austria, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

anteils am Umsatz vermuten: der Anteil stieg von 1999 bis 2002 von 45 % auf 51 % (z.Vgl. Ø Sachgütererzeugung von 44 % auf 47 %; Q. OeNB).

... in nur wenigen Sparten

Allerdings hat sich die Wettbewerbsfähigkeit nur weniger Textilsparten verbessert. Die Relation der Export- zu den Importwerten pro Produkteinheit (Unit Values) und die Entwicklung der Handelsbilanz in einzelnen Produktgruppen lassen darauf schließen, dass

- ◆ sich die Hersteller von Gewirken, Spitzen und Spezialgarnen erfolgreich spezialisieren konnten. Trotz teurer Exporte, gemessen an den im Vergleich zu den Importwerten um ein Drittel höheren Exportwerten, ist die Handelsbilanz dieser Warengruppe seit Jahren positiv.
- ◆ die Garnerzeuger im Vergleich zum Branchenschnitt ihre internationale Position ebenfalls verbessern konnten.
- ◆ die Hersteller von Haushaltstextilien und Strickwaren (zum Teil Bekleidungs-

industrie) längerfristig die Preiskonkurrenz und Marktanteile verlieren und schließlich auch die Webereien im Spartendurchschnitt an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen.

Aktuelle Textilkonjunktur

Österreichs Textilerzeuger konnten 2003 das positive Ergebnis aus 2002 nicht halten: die Produktionsleistung ist um 1,1 % (2002: +3,3 %), der Umsatz sogar um 6,4 % gesunken (2002: 2,6 %). Zugleich sind fast 9 % der Arbeitsplätze verschwunden. Es fehlte an In- und Auslandsnachfrage, wobei das Exportminus von 3,5 % (lt. Fachverband 2,3 Mrd. Euro Exporte) bei einer Exportquote von rund 85 % für das Jahresergebnis entscheidender war. Exporteinbußen verbuchte die Branche in allen wichtigen Destinationen, v.a. in der EU-15 und in Osteuropa. Gleichzeitig sind die Textilimporte um 2,6 % gestiegen, (auf 2,8 Mrd. Euro lt. Fachverband). Bemerkenswert ist die Tatsache, dass der Bekleidungs-handel mit einem

Außenhandelsüberschuss die Handelsbilanz mit Textilien und Bekleidung 2003 vor einem höheren Minus bewahrte (vgl. Tabelle 3).

Im ersten Halbjahr 2004 hat sich die Textilkonjunktur nur wenig erholt: Die Produktionsleistung ist um knapp 6 %, die Beschäftigung um weitere 4 % gesunken. Dass der Branchenumsatz gleichzeitig um 2 % zulegen konnte, lässt sich (zum Teil) mit dem hohen Umsatzanteil importierter Waren aus Lohnfertigung und eigenen Produktionen im Ausland erklären. Wie die im Juli wieder relativ pessimistischen Produktionserwartungen der Industriebetriebe vermuten lassen, ist auch in nächster Zukunft mit keiner nennenswerten Beschleunigung der Textilkonjunktur zu rechnen – zumindest mit keinem Ende des Stellenabbaus am Standort Österreich.

Auch auf längere Sicht wird die Textilerzeugung im Land im Branchenschnitt nur mehr wenig wachsen, in vielen Bereichen weiter schrumpfen. Rund die Hälfte

der heimischen Textilexporte werden nach Deutschland, Italien und Frankreich geliefert und damit in Märkte, die, wie die meisten Textilmärkte industrialisierter westlicher Länder, mehr oder weniger gesättigt sind. Stärkere Nachfragezuwächse können die heimischen Erzeuger hier nur in Nischenbereichen erwarten. Dabei sind die Perspektiven traditioneller Textilsparten, wie der Erzeugung von Haushaltstextilien und Bekleidungsstoffen, generell schlechter als jene der Hersteller hochwertiger und damit relativ teurer technischer Textilien. Einerseits kommt in diesem Bereich der Know-how-Vorteil westlicher Hersteller gegenüber Unternehmen aus Entwicklungs- und Schwellenländern zu tragen. Andererseits wird die Nachfrage nach technischen Textilien noch kräftig zulegen. Anwendungsbereiche für das Material finden sich schon jetzt in den meisten Wirtschaftsbereichen, von der Landwirtschaft bis zur Verpackungsindustrie. Ebenfalls hervorragende Zukunftsaus-

(Tabelle 1)

Textilsektor

	Textilerzeugung		Bekleidungserzeugung	
	2003	Vdg. 96/03	2003	Vdg. 96/03
Unternehmen	750	-21 %	750	-42 %
Beschäftigte	16.000	-26 %	10.500	-42 %
Umsatz¹ in Mio. €	2.200	1 %	870	-9 %

Quelle: Statistik Austria, Hauptverband d. Sozialversicherungsträger; BA-CA Konzernvolkswirtschaft / 1) Abgesetzte Produktion, inkl. Handelswaren

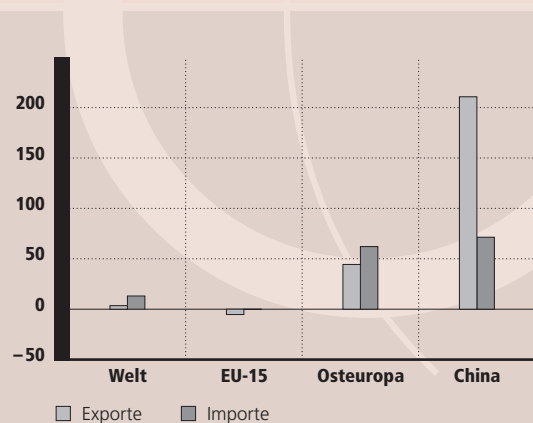
(Tabelle 2) **Textile Verbindungen Österreichs (1)**

	Exportanteile		Importanteile	
	2003	1997	2003	1997
EU-15	60,6 %	66,2 %	59,3 %	67,2 %
Osteuropa	20,9 %	15,0 %	13,9 %	9,7 %
China	0,2 %	0,1 %	4,3 %	2,8 %

Quelle: Fachverband Textilindustrie; BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Textile Verbindungen Österreichs (2)

Veränderungen der Textilexporte und -importe, 1997–2003, in %



Quelle: Fachverband Textilindustrie; BA-CA Konzernvolkswirtschaft

sichten haben so genannte „intelligente“ Textilien, wie Elasthan oder Lyocell, die Stoffe leichter, widerstandsfähiger und flexibler in der Verwendung machen. Wann der Markt reif ist für Stoffe mit Eigenschaften wie nachhaltigen, waschfesten Gerüchen oder eingearbeiteten Datenleitungen, ist allerdings noch offen.

Osterweiterung

Mit der Osterweiterung stieg das Umsatzvolumen des Textil- und Bekleidungssektors der EU um rund 5 %, auf 227 Mrd. Euro, die Beschäftigung um fast 30 %, auf insgesamt 2,7 Mio. Arbeitnehmer/innen, (eine Trennung der zwei Branchen ist nicht möglich). An der Wettbewerbsstruktur des Sektors in der EU ändert sich dennoch wenig, da die wirtschaftliche Integration des EU-Sektors mit den neuen Mitgliedern und den osteuropäischen Kandidatenländern bereits vollzogen wurde: 75 bis 90 % ihrer textilen Exporte werden schon in die EU geliefert, woher wiederum 45 bis 75 % der sektorspezifischen Importe stammen.

Auf jeden Fall hält der Trend zur Produktionsverlagerung an, ebenso wie die Praxis der Vergabe von Unteraufträgen an kostengünstigere Anbieter in den neuen EU-Mitglieds- und Kandidatenländern. Noch kann mit dem relativ niedrigen Kosteniveau der Produktivitätsrückstand zum Sektor in der EU-15 kompensiert werden, (in den Beitritts- und Kandidatenländern beschäftigt der Textil- und Bekleidungssektor etwa 60 % der Zahl der Arbeitnehmer/innen des EU-Sektors, erzielt aber nur 10 % von dessen Wertschöpfung). Mittelfristig werden die Kostenvorteile verschwinden –

ohne dass die Hersteller das Produktivitätsgefälle zu Westeuropa vollständig ausgleichen können, womit der Wettbewerbsdruck überdurchschnittlich stark wächst.

Aus der Sicht österreichischer Textilerzeugung bringt die EU-Erweiterung ebenfalls keine wesentlichen Veränderungen. Offen bleibt noch, ob die Aufhebung der Ursprungsregeln den Import aus den neuen Mitgliedsländern beeinflusst. Zu erwarten wären stärkere Zuwächse bei Bekleidungsimporten, da bisher notwendige Ursprungszeugnisse für Produkte aus Osteuropa, die ein bestimmtes Maß an Nicht-EU-Vormaterialien enthielten, mit der Übernahme des EU-Zollregimes obsolet geworden sind.

Handelsliberalisierung

Anfang 2005, dem seit Jahren wichtigsten Termin der textilen Welt, werden alle bestehenden mengenmäßigen Beschränkungen im Textilhandel aufgehoben. Der verbesserte Marktzugang wird den weltweiten Textilhandel beschleunigen, wobei neue Absatzchancen für die Hersteller in industrialisierten Ländern wahrscheinlich durch die zu erwartenden Markt-

anteilsverluste in ihren Heimmärkten konterkariert werden. Die Branche erwartet v. a. von China nachhaltige Veränderungen am internationalen Textilmarkt, auf der Basis der enormen Produktionskapazitäten, minimaler Lohnkosten und ausreichend hoher Qualitäten am fernöstlichen Standort. Gefährdet sind generell gering qualifizierte Arbeitsplätze, v. a. in der Bekleidungsindustrie. Darüber hinaus werden Länder mit einer niedrigen Diversifizierung der Produktion und einer hohen Abhängigkeit vom Textilsektor (z. B. Bangladesch, Vietnam) unter Druck geraten; ebenso wie einige neue EU-Mitglieder, -Kandidatenländer und Staaten mit EU-Präferenzabkommen (z. B. Türkei, einige AKP-Staaten).

Westeuropas Textilindustrie wird weiter schrumpfen, auch wenn in Zukunft Marktanteilsgewinne in neuen Märkten möglich werden. Grundsätzlich ist die EU-Textil- und Bekleidungsindustrie zwar gut positioniert und erzielt mit Ländern, die den Textilhandel schon frei gegeben haben, Handelsüberschüsse. Dennoch rechnet die Branche

damit, dass mittelfristig ein weiteres Drittel der europäischen Produktionskapazitäten verschwindet und zwar auf allen Produktionsstufen, beim Spinnen, Weben und Drucken beziehungsweise Färben. Sie werden der Konfektion folgen.

Die wirtschaftliche Situation der heimischen Textilerzeugung bleibt auf jeden Fall prekär, einerseits, weil es der Branche im Spartendurchschnitt wie schon erwähnt an Wachstumsperspektiven fehlt, andererseits aufgrund der zu erwartenden Konkurrenzverschärfung. Schon jetzt stammen mehr als 4 % der textilen Importe Österreichs aus China (2003: 122 Mio. Euro), wobei die Zuwächse seit Jahren überdurchschnittlich hoch sind (2003 +16 %). Bemerkenswert ist, dass das Importwachstum überwiegend auf Mengensteigerungen basierte, der durchschnittliche Warenwert der Textilimporte aus China also rückläufig ist. Unter diesen Voraussetzungen wird der Importdruck aus Asien mit der Aufhebung der Importquoten 2005 noch zulegen, wobei Österreichs Textilerzeuger weniger am Inlandsmarkt als vielmehr in ihren Exportmärkten unter Druck geraten werden. ■

(Tabelle 3)

Textil- und Bekleidungshandel Österreichs

	Exporte			Importe		
	2003 Mio. €	2003 Vdg.z.Vj.	96/02 Ø Vdg. p.a.	2003 Vdg.z.Vj.	2003 Ø Vdg. p.a.	96/02 Mio. €
Garne	363	-6,5 %	2,9 %	360	-6,0 %	2,0 %
Gewebe	476	-2,9 %	-0,8 %	393	3,6 %	-0,9 %
Gewirke, Spitze, Spezialgarne	692	-5,7 %	4,3 %	413	-0,7 %	3,3 %
Heim- und Haushaltstext. u. ä.	245	5,7 %	9,7 %	417	-0,1 %	1,6 %
Strickbekleid., Strümpfe u. ä. ¹	869	2,7 %	3,5 %	1.677	6,0 %	4,8 %
Bekleidung aus Gewebe	324	5,4 %	-0,3 %	1.262	-1,3 %	2,8 %
Sonstige Bekleidung ²	112	17,9 %	6,8 %	222	-4,2 %	4,7 %
Textil-Bekleidung gesamt	3.081	-0,4 %	2,9 %	4.743	1,2 %	3,1 %

Quelle: Statistik Austria; BA-CA Konzernvolkswirtschaft /

1) unvollständige Abgrenzung zu Heimtextilien und sonstige Bekleidung / 2) aus Filz, Leder, Kunststoffen

Finanzmarkt Ausblick

Zinszyklus geht nach oben

Trotz der weltweit erkennbaren Anzeichen einer sich leicht abschwächenden Konjunkturdynamik über den Sommer zeigt sich das Wirtschaftswachstum in einigen Regionen, allen voran die USA, trotzdem sehr robust. Dementsprechend haben die Notenbanken begonnen, die im Verlauf der Rezession zu Beginn des Jahrtausends reduzierten Zinsen wieder zu erhöhen. Parallel dazu stiegen auch die langfristigen Zinsen an, die Aktienmärkte tendierten schwächer.

Entsprechend der stärkeren Konjunkturdynamik in den USA war klar, dass die US-Fed früher als etwa die EZB ihre Zinsen erhöhen wird. Zudem hatte die Fed im Rahmen der Rezession ihre Zinsen auch deutlich stärker reduziert und damit eine sehr expansive Geldpolitik betrieben, die sicherlich auch einen Teil zur starken Konjunkturerholung in den USA beigetragen hat.

Ende Juni und dann nochmals Anfang August erhöhte die US-Notenbank ihren Leitzins, jeweils um 0,25 Prozentpunkte. Damit liegen die Geldmarktzinsen in den USA jedoch, trotz starker Konjunktur und Wachstumsraten von bis zu 5 %, heute mit 1,8 % noch immer tiefer als im von der Stagnation geprägten Euroraum mit 2,1 %.

Als Ende des zweiten Quartals die Fed begann die Zinsen zu erhöhen, geschah dies bei robuster Konjunktur und einer Inflation von rund 3 %. Dementsprechend pessimistisch hinsichtlich einer weiteren Zinserhöhung reagierten daher bereits im Vorfeld der Erhöhung die Anleihemärkte, die langfristigen Zinsen stiegen von 3,7 % Mitte März auf fast 5 % Ende Juni. Der (mit 0,25 %) kleiner als erwartet ausgefallene Zinserhöhungsschritt der Fed und erste Anzeichen einer konjunkturellen Verflachung

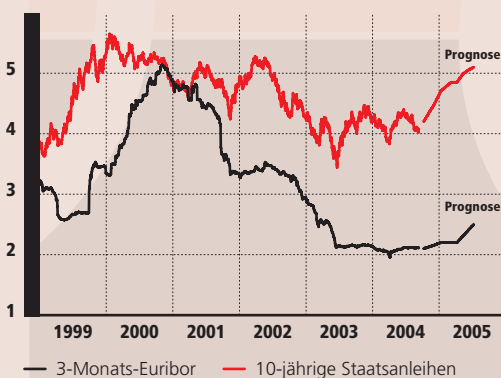
ließen jedoch, trotz der Erwartung weiterer Zinsschritte, die Renditen am Rentenmarkt wieder zurückgehen, so dass sie heute bei 4,3 % liegen. Ähnlich die Entwicklung am Aktienmarkt der USA, der Dow Jones ging im Vorfeld der Zinserhöhung sogar wieder unter die 10.000er-Marke, konnte sich dann aber wieder erholen. Allerdings leidet der Aktienmarkt, anders als der Rentenmarkt, zunehmend unter dem steigenden Konjunkturpessimismus, die Erholung fiel daher schwach aus bzw. der Dow Jones Index fiel sogar kurzzeitig erneut unter 10.000.

Von der Tendenz verlief die Entwicklung im Euroraum, trotz etwas anderer Rahmenbedingungen hinsichtlich der Konjunktur, ähnlich wie in den USA. Allerdings gelang es dem Rentenmarkt im Euroraum sich diesmal der starken Renditeerhöhung im Vorfeld der Fed-

Zinserhöhung etwas zu entziehen, der Anstieg fiel deutlich geringer aus und die Zinsdifferenz zu Gunsten Europas erreichte erstmals seit 2000 wieder einen halben Prozentpunkt. Sie ging allerdings im Gefolge der Rendite-reduktion auch in den USA wieder auf rund 0,2 Prozentpunkte zurück. Die EZB zeigt derzeit noch keine Zeichen einer Zinserhöhung für dieses Jahr, sowohl die Konjunktur als auch die Inflationentwicklung legen dies nahe. Der USD konnte im Vorfeld der US-Zinserhöhung zulegen, der Euro ging von 1,28 auf 1,19 zurück. Seit einigen Monaten bewegt er sich zwischen 1,20 und 1,24.

Derzeit ist damit zu rechnen, dass die Fed weitere Zinsschritte vornehmen wird, so dass die kurzfristigen Zinsen in einem Jahr über 3 % betragen sollten. Die EZB dürfte erst im ersten Halbjahr 2005 beginnen, die Zinsen zu erhöhen, allerdings vorerst nur sehr moderat. Mit den Zinserhöhungen sollten auch die langfristigen Zinsen nach oben gehen. Für den US-Dollar erwarten wir zwar weiterhin Volatilität, er sollte jedoch in etwa um den derzeitigen Wert schwanken. ■

Zinssätze Euroraum



Quelle: HVB Research

US-Dollar per Euro



Quelle: HVB Research

Rohstoffpreise und Weltwirtschaft

Auswirkungen auf Österreichs Konjunktur 2004/2005

Die Konjunkturerholung 2004 in Österreich ist durch den starken Rohstoffpreisanstieg nicht gefährdet. Die Konjunkturdynamik erreicht derzeit ihren Höhepunkt. Erst 2005 ist mit einer Abkühlung, ausgehend von der Weltwirtschaft, zu rechnen.

In den letzten Monaten kam es zu einem deutlichen Anstieg der Rohstoffpreise. Der Ölpreis legte seit Jahresbeginn bis zu seinem Höhepunkt Mitte August rund 50 % zu. Da allerdings in den letzten Monaten nicht nur die Ölpreise stiegen, sondern die meisten Rohstoffe, so stieg etwa der Kupferpreis von Jahresbeginn bis April um fast 60 %, kann die Situation im Nahen Osten nicht alleine

für den Anstieg verantwortlich gemacht werden.

Vielmehr rückt zusehends die weltwirtschaftliche Erholung in den Vordergrund. Rohstoffpreisanstiege sind im Verlauf zunehmender weltwirtschaftlicher Dynamik üblich. Die weltwirtschaftliche Dynamik hat mit dem zweiten Halbjahr 2003 deutlich zugenommen, sie liegt seither sogar wieder über dem langjährigen Trend.

China für Anstieg der weltwirtschaftlichen Dynamik nicht verantwortlich

Im Zusammenhang mit dem starken Anstieg der Rohstoffpreise und der zunehmenden weltwirtschaftlichen Dynamik wurde in den letzten

Monaten immer wieder auf China verwiesen. China konnte in den letzten zehn Jahren seinen Anteil an der weltwirtschaftlichen Produktion deutlich steigern. Der Anteil Chinas am Welt-BIP (nominal) stieg in den letzten zehn Jahren von 2 % auf heute 4 %. Der Anteil an der realen weltwirtschaftlichen Produktion (zu Kaufkraftstandards umgerechnet) konnte sich ebenfalls verdoppeln und dürfte heute bei rund 13 % liegen. Der Anteil an den weltweiten Exporten stieg von unter 2 % auf heute rund 5,5 %.

Dahinter steht eine Wachstumsdynamik, die die anderen großen Volkswirtschaften deutlich in den Schatten stellt. So konnte

Japan in den letzten zehn Jahren jährlich lediglich um 1,4 %, der Euroraum um 2 % und die USA um 3,3 % wachsen. Chinas Wirtschaft wuchs in diesem Zeitraum jährlich um 8,7 % real.

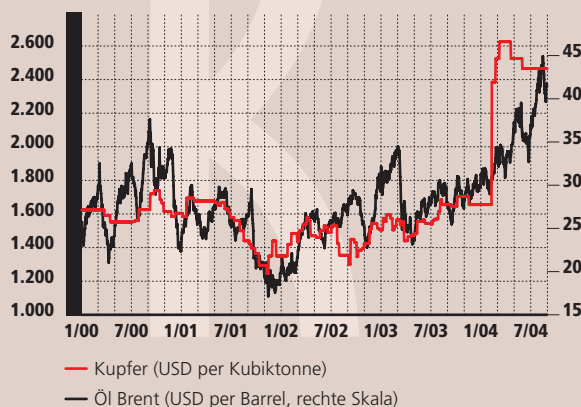
Auch wenn damit China eine deutlich stärker steigende Nachfrage nach Rohstoffen entwickelte und damit auch mittel- bis langfristig bei knappen Ressourcen für Preissteigerungen mitverantwortlich ist und sein wird, dürfte der rasche Preisanstieg der letzten Monate nicht primär durch China verursacht worden sein.

Während China in den letzten Quartalen seine bereits sehr hohe wirtschaftliche Dynamik nur unwesentlich weiter erhöhte, kam es in den großen Volkswirtschaften der Welt dagegen, mit Aus-

Die Rahmenbedingungen verschlechtern sich.

Rohstoffpreise - Öl und Kupfer

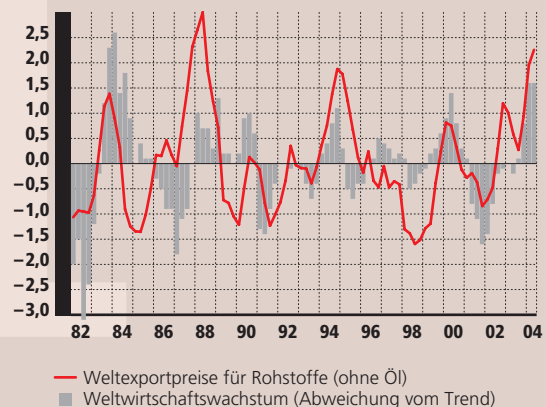
(in US-Dollar)



Quelle: Datastream, LME, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Weltwirtschaftsdynamik und Rohstoffpreise

(Veränderungen zum Vorjahr in %)



Quelle: Datastream, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

nahme des Euroraums, zu einer spürbaren Beschleunigung. Dementsprechend waren es auch vor allem die US-Wirtschaft und Japan, die für die Beschleunigung des Wachstums der Weltwirtschaft von 2,7 % im zweiten Quartal 2003 auf 5,0 % im zweiten Quartal 2004 verantwortlich waren.

Die dadurch stärker als erwartet gestiegene Nachfrage in Verbindung mit den im Verlauf der Rezession aus Kostengründen deutlich gesunkenen Lager führte nicht nur direkt zu Preisanstiegen, sondern begünstigte auch noch spekulative Aktivitäten. Die geopolitischen Unsicherheiten taten dazu ein Übriges.

Auswirkungen des Preisanstieges auf das Wachstum 2004

Natürlich hat ein starker Preisanstieg Auswirkungen auf die weltwirtschaftliche Dynamik. So schätzt die OECD, dass ein Anstieg des Ölpreises von rund 10 % das reale Wachstum im Euroraum um rund 0,1 Prozentpunkte senkt. Gleichzeitig führt ein Anstieg der Preise von

Nichtölrohstoffen um 10 % zu einer Abschwächung des realen Wachstums ebenfalls um rund 0,1 Prozentpunkte.

Derzeit liegt der Ölpreis mit rund 40 US-Dollar um 56 % über dem Wert vor einem Jahr, der Jahresdurchschnitt 2004 dürfte rund 30 % über dem Jahresdurchschnitt 2003 liegen. Dies würde ein niedrigeres Wachstum von rund 0,3 Prozentpunkt bedeuten. Gleichzeitig liegen die Nichtölrohstoff-Preise heute ebenfalls rund 20 % höher als 2003, was zusätzlich 0,25 Prozentpunkte weniger Wachstum bedeuten würde. Insgesamt kostet dies damit 0,5 Prozentpunkte Wachstum. Berücksichtigt man allerdings den gestiegenen Eurokurs, der Euro liegt heute rund 10 % höher als im Jahresdurchschnitt 2003, so reduziert sich der Effekt auf rund 0,4 Prozentpunkte beim heutigen Niveau der Rohstoffpreise.

Jedoch bedeutet dies nicht, dass die Prognosen 2004 für den Euroraum bzw. für Österreich um diesen Effekt korrigiert werden müssen. Dafür muss berück-

sichtigt werden, welche Preis-erwartungen für den Jahres-durchschnitt den Prognosen Anfang des Jahres zugrunde lagen und was heute anzunehmen ist.

Um dies zu analysieren, bedient man sich am besten der jeweiligen Futuresmärkte für Rohstoffe. Auch wenn die Futuresmärkte nicht immer die richtige Tendenz anzeigen konnten, so lag der Futurespreis etwa bei Öl im Dezember für den Dezember des nächsten Jahres in den letzten 13 Jahren trotz der beim Öl besonders starken Einflüsse nichtökonomischer Variablen 9-mal richtig. Auch der IMF bestätigte vor kurzem, dass die Futuresmärkte trotz aller Irrtümer bessere Prognosen für Rohstoffpreise abgeben als alternative Methoden.

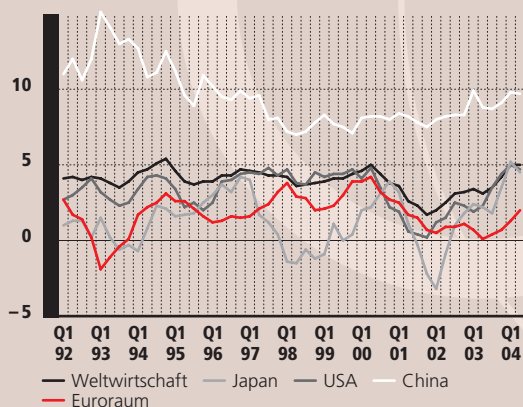
Nimmt man die Erwartung für die Rohstoffpreise im Jahresdurchschnitt 2004, wie sie sich anhand der Futurespreise zu Jahresanfang darstellten und vergleicht sie mit heute, so zeigt sich, dass die Erwartungen hinsichtlich des Ölpreises deutlich optimistischer waren. So ergaben die

Futurespreise für Öl Ende 2003 für den Jahresdurchschnitt 2004 durchschnittlich 26 US-Dollar per Barrel, heute lassen die Futurespreise eine Ölpreis von 37 US-Dollar für den Jahresdurchschnitt 2004 erwarten, statt eines Rückgangs um 8 % ein Anstieg um 30 %.

Bei den Nichtölrohstoffen wurden die Märkte nicht so überrascht. Nimmt man Kupfer und Zink als Indikatoren, so ist zwar der Preisanstieg Mitte 2004 mit 48 % sehr hoch, die Futurespreise deuten jedoch bereits fallende Tendenz an, im Jahresdurchschnitt dürften es daher nur 38 % sein, und mit 25 % wurde zu Jahresbeginn bereits mit einem relativ starken Anstieg gerechnet. Bei den wichtigsten Rohstoffen, den Lebensmitteln (sie stellen rund 50 % des weltweiten Nichtölrohstoff-Handels), liegt der Anstieg mit derzeit 20 % im Jahresvergleich und mit erwarteten 10 % (anhand der Preise für Sojabohnen) zwar im langjährigen Vergleich ebenfalls sehr hoch, dies wurde jedoch bereits zu Jahresbeginn erwartet (+24 %).

Reales Wachstum in der Weltwirtschaft

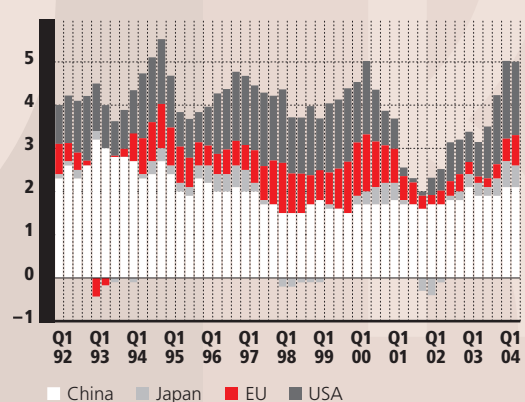
(Veränderungen zum Vorjahr in %)



Quelle: Datastream, LME, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Beiträge zum globalen Wachstum

(Anteile in Prozentpunkten)



Quelle: Datastream, BA-CA Konzernvolkswirtschaft

Insgesamt dürften damit die Rohstoffpreise 2004 höher liegen als zu Jahresbeginn erwartet, die Ölpreise deutlich stärker als die Nichtölrohstoffe.

Prognoserevision 2004 nötig?

Analysiert man alle wichtigen Rahmenbedingungen, die Einfluss auf das Wachstum in Österreich haben, so müssen neben den Rohstoffpreisen noch die weltwirtschaftliche Dynamik, der Euro-Wechselkurs mit seiner negativen Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit im Export und seiner positiven Wirkung auf die Preise und schließlich auch die Zinsen berücksichtigt werden.

In Summe wiegen die positiven Effekte die negativen Effekte de facto auf. Das stärkere Wachstum in den USA, im Euroraum und in MOE bringt 0,3 Prozentpunkte (immer im Vergleich zur Prognose vom Dezember 2003). Der stärker als erwartet ausgefallene Anstieg des Euro, 1,25 im Jahresdurchschnitt, im Dezember 2003 wurden noch 1,18 erwartet, kostet rund 0,2 Prozentpunkte Wachstum. Die geringer als erwartet gestiegenen langfristigen Zinsen bringen dagegen wieder 0,1 Prozentpunkte.

Der höher als erwartete Ölpreis würde rund 0,5 Prozentpunkte kosten, korrigiert um den gestiegenen Euro bleibt ein Minus von 0,4 Prozentpunkten. Bei den Nichtölrohstoffen wurde in Verbindung mit der Europrognose zu Jahresende 2003 sogar ein stärkerer Anstieg der Rohstoffpreise (in Euro) erwartet als heute, dies bedeutet sogar eine kleine Entlastung (allerdings unter 0,05 %).

In Summe bleibt damit eine Revision um 0,1 Prozentpunkte für die Prognose 2004.

Hinsichtlich der Inflation bleibt die Wirkung der höheren Rohstoffpreise ebenfalls gering, die Inflationsrate dürfte 2004 daher lediglich 0,3 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn erwartet liegen. Mit 1,7 % liegt die Inflation damit 0,4 Prozentpunkte über dem Wert von 2003.

Die hohe Inflation zur Jahresmitte (2,3 % im Juli) wird nach einigen Monaten wieder zurückgehen und zu Jahresende wieder bei fast 1,5 % liegen. 2005 ist dann aufgrund des Basiseffekts (geringere Anstiegsraten) mit einer niedrigeren Inflation zu rechnen.

Aussichten 2005

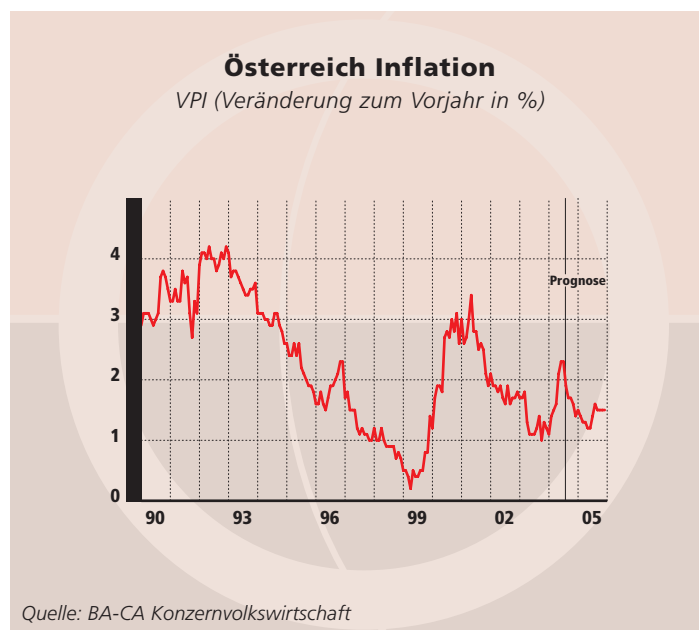
Hinsichtlich der weiteren Konjunkturaussichten 2005 zeichnet sich jedoch eine spürbare Veränderung der wesentlichsten Rahmenbedingungen für Österreichs Wirtschaft ab.

Einerseits werden die Preisanstiege bei den Rohstoffen deutlich niedriger ausfallen als 2004, wenn auch das hohe Niveau bleibt, daher nur eine geringe Entlastung zu erwarten ist, gleichzeitig zeichnet sich jedoch eine erkenn-

bare Verlangsamung der weltwirtschaftlichen Dynamik ab. Vor allem die USA, die 2004 mit 4,3 % ein Wachstum wie zuletzt 1999 erreichen konnten bzw., wenn man die vier Quartale vom zweiten Quartal 2003 bis zum ersten Quartal 2004 nimmt, mit 5 % ein Wachstum erreichte wie zuletzt 1984, werden in den nächsten Quartalen sicherlich an Schwung verlieren. Das zweite Quartal 2004 deutete dies mit unter 3 % Wachstum schon an. Für 2005 ist daher mit „nur“ 3,1 % Wachstum zu rechnen. Dies dürfte sich auch auf die österreichische Wirtschaft negativ auswirken und die Wachstumsverlangsamung kostet rund 0,4 Prozentpunkte Wachstum. Auch für den Euroraum ist 2005 mit bereits wieder leicht nachlassender Dynamik zu rechnen, 1,5 % nach 1,8 % 2005 und auch die Region Zentral- und Osteuropa kann trotz zu erwartenden Wachstums von über 4 % 2005 nicht ganz an die Dynamik von heuer anschließen. Insgesamt dürfte sich die Abkühlung der Weltwirtschaft auf Österreich mit einer Verringerung des Wirtschaftswachstums von über 0,5 % bemerkbar machen.

Auch die leicht steigenden Zinsen verringern etwas das Wachstum, da wir aber von einem eher geringen Anstieg sowohl der kurzfristigen als auch der langfristigen Zinsen ausgehen, bleibt die Wirkung gering. Für den Euro erwarten wir 2005 im Jahresdurchschnitt etwa den gleichen Wert wie 2004. Der Ölpreis bleibt auch 2005 hoch, angesichts des Anstieges der letzten Monate und der derzeitigen Futurespreise ist im Jahresdurchschnitt sogar mit einem leicht höheren Ölpreis als 2004 zu rechnen, 39 US-Dollar. Damit belastet der Ölpreis zwar nicht zusätzlich die Konjunktur, das hohe Niveau dämpft jedoch erneut und eine Entlastung ist nicht absehbar.

Entlastende Effekte sind jedoch von der Entwicklung bei den Nichtölrohstoffen zu erwarten. Die Entwicklung der Futurespreise, die auch durch die zu erwartende Abkühlung der Weltwirtschaft bestätigt wird, deutet für 2005 einen Rückgang des hohen Niveaus an. Dies dürfte 2005 die Weltwirtschaft und damit auch Österreichs Konjunktur entlasten. Insgesamt erwarten wir von den veränderten Rahmenbedingungen 2005 (im Vergleich zu 2004) einen negativen Effekt auf Österreichs Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozentpunkten. Dass wir trotzdem für 2005 mit 2 % ein ähnlich hohes Wirtschaftswachstum wie 2004 erwarten, liegt in der verbesserten Entwicklung des privaten Konsums. Angesichts der starken Konjunktur zur Jahresmitte 2004 sind zunehmend leicht positive Effekte auf den Arbeitsmarkt und schließlich auch auf die private Nachfrage zu erwarten. Dazu kommen die positiven Effekte der Steuerentlastung durch die Steuerreform 2005.



Diese werden damit zu einer Stütze der österreichischen Konjunktur für 2005. Allerdings können auch sie auf Dauer negative Effekte der Weltwirtschaft nicht ausgleichen. Der weitere Konjunkturverlauf gegen Ende 2005 und 2006 ist daher stark von der

weiteren weltwirtschaftlichen Entwicklung und natürlich von der Entwicklung in Deutschland abhängig. Derzeit gehen wir noch davon aus, dass eine Konsolidierung erfolgt, die Inlandsnachfrage in den großen Volkswirtschaften Europas, allen voran Deutsch-

land, 2006 anspringt. Daher rechnen wir trotz zu erwartender Konjunkturverlangsamung im Verlauf der nächsten Quartale mit keiner Rezession. ■

Alle volkswirtschaftlichen Publikationen finden Sie auch auf der BA-CA Homepage

unter dem Direktlink <http://economicresearch.ba-ca.com>. Als speziellen Service informieren wir Sie gerne über aktuelle Analysen mit unserem kostenlosen Newsletter, die BA-CA Economic News. Die erforderliche Anmeldung können Sie ebenfalls direkt auf der Homepage vornehmen.

(Tabelle 1)

Wichtige Rahmenbedingungen für Österreichs Wirtschaft und ihre Wirkung auf das Wachstum 2004

Veränd. z. Vorjahr in % bzw. %-Punkten	2003	Prognose Ende 2003 ¹ für 2004	Prognose Sept. 2004 ¹ für 2004	Abweichung in %-Punkten für 2004	Wirkung auf Österreichs BIP-Wachstum für 2004
US-BIP real	3,1	3,9	4,3	0,4	0,1
Euroraum BIP real	0,4	1,6	1,8	0,2	0,1
MOE-8 BIP real	3,8	4,0	4,7	0,7	0,1
Euro per US-Dollar (Veränd. z. Vorjahr)	19	4	11	6,2	-0,2
Euro per US-Dollar (in US-Dollar)	1,13	1,18	1,25		
Kfr. Zinsen (in %)	2,3	2,2	2,1	-0,1	0,0
Lfr. Zinsen (in %)	4,1	4,8	4,4	-0,4	0,1
Ölpreis (in Euro, Vdg. z. Vorj.)	-4	-14	16	29,7	-0,4
Ölpreis (in Euro)	25	22	30		
Ölpreis (in US-Dollar)	29	26	37		
Nichtölrrohstoffe (in Euro, Vdg. z. Vorj.)	-26,9	14	11	-3	0,0
Nichtölrrohstoffe (in US-Dollar, Vdg. z. Vorj.)	-13,1	19	18	-1	
Gesamt					-0,1
Österreich BIP real	0,7	2,1	2,0	-0,1	

Quelle: BA-CA Konzernvolkswirtschaft / 1) BA-CA Prognosen von Ende 2003 bzw. aktuell, Rohstoffpreise auf Basis von Futurespreisen (siehe dazu „Rohstoffpreisanstieg – Keine Gefahr für Österreichs Konjunktur!“, BA-CA Xplicit, Juni 2004)

(Tabelle 2)

Wichtige Rahmenbedingungen für Österreichs Wirtschaft und ihre Wirkung auf das Wachstum 2005

Veränd. z. Vorjahr in % bzw. %-Punkten	2003	Prognose 2004	Prognose 2005	Abweichung in %-Punkten 2004/2005	Wirkung auf Österreichs BIP Wachstum 2004/2005
US-BIP real	3,1	4,3	3,1	-1,2	-0,4
Euroraum BIP real	0,5	1,8	1,5	-0,3	-0,2
MOE-8 BIP real	3,9	4,7	4,2	-0,5	-0,1
Euro per US-Dollar (Veränd. z. Vorjahr)	19	11	11	0,0	0,0
Euro per US-Dollar (in US-Dollar)	1,13	1,25	1,25		
Kfr. Zinsen (in %)	2,3	2,1	2,3	0,2	0,0
Lfr. Zinsen (in %)	4,1	4,4	4,9	0,5	-0,1
Ölpreis (in Euro, Vdg. z. Vorj.)	-4	16	22	6	-0,1
Ölpreis (in Euro)	25	30	31		
Ölpreis (in US-Dollar)	29	37	39		
Nichtölrrohstoffe (in Euro, Vdg. z. Vorj.)	-26,9	7	-17	-23,7	0,4
Nichtölrrohstoffe (in US-Dollar, Vdg. z. Vorj.)	-13,1	18	-17	-35,0	
Gesamt					-0,5

Quelle: BA-CA Konzernvolkswirtschaft

2004 – das veränderte Gesicht der EU

Die Erweiterung der Union um zehn Mitglieder, die Neuwahl des Europäischen Parlaments und eine neue EU-Kommission haben das Gesicht der Union stark und nachhaltig verändert. Weitere wichtige Weichenstellungen, Stichwort Beitrittsverhandlungen mit der Türkei oder das EU-Budget 2007–2013, stehen aber nun an.

Die Erweiterung um zehn Mitglieder stellt eine Zäsur in der Geschichte der Europäischen Union dar. Gleichzeitig findet damit eine langfristige Entwicklung ihren vorläufigen Abschluss. Denn ausgelöst durch den Zusammenbruch des früheren Ostblocks und der „Westorientierung“ der Länder Zentral- und Osteuropas, hat die EU im Dezember 1993 am Gipfel in Kopenhagen ihre Bereitschaft zur Aufnahme neuer Mitglieder bekräftigt, sofern sie gewisse Bedingungen, die Kopenhagener Kriterien, erfüllen. Im März 1998 starteten die Beitrittsverhandlungen mit den ersten Ländern, im Februar 2000 mit der zweiten Gruppe. Aufgrund der bereits erfolgten Vorarbeiten konnten die Verhandlungen mit zehn Ländern rasch und erfolgreich im Dezember 2002 abgeschlossen werden. Nach der Unterzeichnung der Verträge im April 2003 und der anschließenden Ratifizierung durch jedes einzelne Land konnte der Beitritt am 1. Mai 2004 erfolgen.

Wahlen zum Europaparlament

Der Beitrittstermin war so gewählt, dass auch die neuen Mitglieder bereits an der Wahl zum Europa-Parlament teilnehmen können. Die Zahl der EU-Abgeordneten wurde dazu auf 732 (vorher 626) erhöht, wobei die bisherigen Mitglieder zusätzlich auf 56 Sitze (Österreich auf drei, nunmehr 18 statt 21) verzichten mussten. Bei den Wahlen waren zwei Charakteristika erkennbar. Einerseits die sehr geringe Wahlbeteiligung, wobei die Slowakei mit einer Wahlbeteiligung von 17 % den EU-weit niedrigsten Wert ausweist. War die geringe Bürgerbeteiligung in der EU-15 schon ein bekanntes Phänomen, so erhoffte man doch in den neuen Mitgliedsstaaten eine hohe Beteiligung. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Andererseits wurden zum Teil sehr EU-kritische oder ablehnende Parteien gewählt. Dies, nachdem im Jahr davor in den meisten Ländern eine deutliche Mehrheit für den EU-Beitritt gestimmt hatte. Dies lässt sich zum Teil wahrscheinlich dadurch erklären, dass die EU-Parlamentswahlen, wie in den EU-15-Staaten auch, vielfach durch innenpolitische Fragen überlagert waren. So war zum Teil von den jeweiligen Oppositions-

Weit reichende Entscheidungen müssen für die EU-Bürger transparent und nachvollziehbar sein.

parteien zu einer Denkwahl für die jeweilige Regierung aufgerufen worden, wie sich der Wahlkampf primär mit innenpolitischen Fragen beschäftigte und kaum europäische Fragen diskutiert wurden. Letztere beschränkten sich vielfach auf die Höhe des EU-Mit-

gliedsbeitrages und ob die Abgeordneten im „Sinne ihres Landes“ abstimmen werden. Eine mögliche Erklärung ist, dass die Institution Europäisches Parlament zu wenig präsent ist und von seiner Bedeutung, die nicht zuletzt durch die Europäische Verfassung gestärkt werden soll, ein eher unbekanntes Wesen darstellt.

EU-Verfassungsentwurf

Im Juni haben die Staats- und Regierungschefs einen Entwurf für die Verfassung der Union verabschiedet. Nachdem der im Vorjahr unter Giscard d'Estaing vorgelegte Entwurf bei der Regierungskonferenz nicht die notwendige Zustimmung erhielt, wurden einige Anpassungen vorgenommen, so dass nun die einstimmige Annahme möglich war. Es muss nun aber, wie gewohnt, die Ratifizierung durch jedes Land erfolgen. Dafür dürfte das ganze nächste Jahr erforderlich sein. Hinzu kommt, dass

eine Volksabstimmung in einigen Ländern notwendig ist, in anderen aus Überzeugung, teils auch aus innenpolitischen Überlegungen heraus angekündigt wurde. Es ist daher möglich, dass es wie bei der Ratifikation des Vertrages von Nizza zu Verzögerungen kommt. (Damals hatte die irische Bevölkerung primär aus innenpolitischen, denn aus inhaltlichen Gründen zuerst gegen den Vertrag gestimmt.) Sollte in mehr als einem der 25 Mitgliedsstaaten der Vertrag abgelehnt werden, ist ein komplettes Scheitern des Verfassungsprojektes nicht auszuschließen. (Den vorläufigen Text finden Sie auch im Internet unter http://europa.eu.int/futurum/eu_constitution_de.htm)

Neue EU-Kommission

Unter der in der ersten Jahreshälfte amtierenden irischen EU-Ratspräsidentschaft konnte die Suche nach einem Nachfolger für die mit Ende Oktober auslaufende Amtszeit der derzeitigen EU-Kommission unter Romano Prodi erfolgreich abgeschlossen werden. Von den Staats- und Regierungschefs wurde der portugiesische Ministerpräsident Barroso zum neuen Kommissionspräsidenten designiert. Dieser hat in Abstimmung mit den Staats- und Regierungschefs die Mitglieder seiner mit ihm 25-köpfigen Kommission bestimmt und auch bereits die Ressortverteilung

vorgenommen. Inwieweit die derzeit aufgrund der Aufgabenverteilung interpretierte Unabhängigkeit des künftigen Kommissionspräsidenten Bestand hat, wird sich im weiteren Verlauf zeigen. Denn im Rahmen der Diskussionen um die EU-Verfassung sind Bemühungen um eine verstärkte Einflussnahme der nationalen Regierungen deutlich geworden.

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Heftige Diskussionen gibt es auch zur Frage, ob mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen oder nicht. Seit rund 40 Jahren hat die EU keine klare Stellungnahme dazu abgegeben. Im Dezember 2002 haben die Staats- und Regierungschefs am Gipfel von Kopenhagen beschlossen, bei Erfüllung der politischen Kriterien mit der Türkei umgehend Verhandlungen aufzunehmen. Dazu soll die Kommission Anfang Oktober einen Bericht vorlegen und eine Empfehlung abgeben, auf deren Basis am EU-Gipfel in Amsterdam vom Europäischen Rat abgestimmt wird.

Finanzielle Vorschau 2007 – 2013

Auch wenn die aktuelle EU-Budget-Periode noch bis 2006 läuft, sind bereits intensive Vorarbeiten für die Planung der nächsten Periode (2007–2013) im Gange. Dabei stehen sich bereits zwei grundsätzlich unterschiedliche Ansätze gegenüber. Denn die EU-Kommission erachtet unter Hinweis auf die zehn neuen Mitglieder eine Beibehaltung der jährlichen Budgetobergrenze von 1,27 % des EU-Bruttonationaleinkom-

mens (BNE) für notwendig. Demgegenüber sind die Netto-Zahler, darunter auch Österreich, für eine Reduktion der Ausgaben auf 1 % des EU-BNE. Neben der absoluten Höhe der Budgetmittel ist ein wesentlicher Punkt die Frage der Verteilung. Neben den Mitteln für die Landwirtschaft ist der Strukturfonds die größte Position. Hier wird es auch die größten Änderungen geben. Denn aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche der neuen Mitgliedsländer, nur die Region Prag und Pressburg sind keine Ziel-1 Gebiete, müssen die Mittel neu verteilt werden. Es herrscht weitgehend Übereinstimmung, dass die Unterstützung primär auf die

neuen Mitgliedsländer konzentriert werden soll. Allerdings sollen Gebiete, die nur aufgrund des durch die Erweiterung auf 25 niedrigen statistischen Durchschnittes aus der Fördergrenze fallen, eine (Phasing out) Unterstützung erhalten. Andere Gebiete, wie zum Beispiel das Burgenland, die aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung aus der höchsten Unterkategorie fallen, sollen im Rahmen des Ziel-2 eine (Phasing in) Unterstützung bekommen. Der von der EU-Kommission Mitte Juli vorgelegte Entwurf wird jetzt von den Mitgliedsstaaten und dem EU-Parlament heftig diskutiert werden. Dabei werden sicherlich auch der

so genannte UK-Rabatt und die hohen Zuwendungen im Agrarbereich an Frankreich für Diskussionen sorgen.

Ausblick

Die EU erlebt 2004 einschneidende Veränderungen, die die Funktionsweise und das Selbstverständnis der Union beeinflussen. Während die Auswirkungen erst einige Monate erlebt werden, müssen bereits wieder weitreichende Entscheidungen getroffen werden. Es bleibt in diesem Fall jedoch zu beachten, dass die Entwicklungen für den EU-Bürger transparent und nachvollziehbar sind, will man das Schlagwort der Bürgernähe ernst nehmen und ein europäisches Bewusstsein schaffen. ■

Zusammensetzung der künftigen EU-Kommission		Sitzverteilung im Europaparlament	
Jose Manuel Barroso (P)	Präsident		
Margot Wallström (S) *	Institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie	Deutschland	99
Günter Verheugen (D) *	Unternehmen und Industrie	Frankreich	78
Jacques Barrot (Fr) *	Transport	Großbritannien	78
Siim Kallas (Estland) *	Verwaltung, Audit, Betrugsbekämpfung	Italien	78
Rocco Buttiglione (I) *	Justiz und Sicherheit	Polen	54
Viviane Reding (L)	Informationsgesellschaft und Medien	Spanien	54
Stavros Dimas (Gr)	Umwelt	Niederlande	27
Joaquin Almunia (ESP)	Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten	Belgien	24
Danuta Hübner (P)	Regionalpolitik	Griechenland	24
Joe Borg (Malta)	Fischerei	Portugal	24
Dalia Grybauskaitė (Lit)	Finanzen und Haushalt	Tschechien	24
Janez Potocnik (SLO)	Wissenschaft und Forschung	Ungarn	24
Jan Figel (SK)	Bildung und Ausbildung	Schweden	19
Markos Kyprianou (CY)	Gesundheit und Verbraucherschutz	Österreich	18
Olli Rehn (FI)	Erweiterung	Dänemark	14
Louis Michel (B)	Entwicklung und humanitäre Hilfe	Finnland	14
Laszlo Kovacs (HU)	Energie	Slowakei	14
Neelie Kroes (NL)	Wettbewerb	Irland	13
Mariann Fischer-Boel (Dk)	Landwirtschaft	Litauen	13
Benita Ferrero-Waldner (A)	Außenbeziehungen und europ. Nachbarschaftspolitik	Lettland	9
Charlie McCreevy (IRL)	Binnenmarkt und Dienstleistungen	Slowenien	7
Vladimir Spidla (CZ)	Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit	Estland	6
Peter Mandelson (UK)	Handel	Luxemburg	6
Ingrida Udre (Lett.)	Steuern und Zölle	Zypern	6
		Malta	5
		Insgesamt	732

* Vizepräsidenten

Österreich

BIP/Entstehung					BIP/Verwendung				
real	2000	2001	2002	2003	real	2002	2003	2004	2005
								Prognose BA-CA	
BIP	3,4	0,8	1,4	0,7	BIP	1,4	0,7	2,0	2,0
Land- und Forstwirtschaft	-0,4	0,4	5,7	-4,8	Privater Konsum	0,8	1,2	1,7	2,4
Sachgütererzeugung u. Bergbau	6,4	1,5	0,5	-0,2	Öffentlicher Konsum	0,1	0,7	0,3	0,2
Energie- u. Wasserversorgung	-0,8	3,6	5,3	2,6	Bruttoinvestitionen	-3,3	6,0	2,8	3,1
Bauwesen	0,8	-3,2	-0,5	2,5	Ausrüstungen	-5,2	6,2	4,5	3,9
Handel	3,7	0,0	1,2	1,2	Bauten	-0,7	3,3	1,9	2,1
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	5,5	3,4	2,4	1,3	Exporte i.w.S.	3,7	2,5	5,4	4,9
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2,1	1,3	1,5	1,0	Waren	5,4	2,7	5,6	5,0
Kredit- u. Versicherungswesen	5,2	-1,0	0,1	-0,1	Reiseverkehr	1,9	0,9	2,3	3,0
Realitätenwesen	6,4	5,0	2,1	1,5	Importe i.w.S.	1,2	5,5	4,8	5,3
Öffentliche Dienste	-0,6	-1,4	-0,4	-0,2	Waren	0,4	6,1	4,3	6,2
Sonstige Dienstleistungen	1,8	0,3	1,2	1,4	Reiseverkehr	-4,0	0,8	2,0	1,9

Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung Vdg. z. Vj. in %	Bau- produktion ¹ Vdg. z. Vj. in %	Einzelhandels- umsatz nom. Vdg. z. Vj. in %	Über- nachtungen Vdg. z. Vj. in %	Unselbst. Beschäftigte in 1.000	Vdg. z. Vj. in %	Arbeitslosen- quote nat. Def., in %	VPI Vdg. in %
1999	6,0	1,3	3,0	1,6	3.107,9	1,0	7,2	0,6
2000	10,0	3,6	2,6	0,7	3.133,8	0,8	6,7	2,3
2001	1,7	-2,9	0,4	1,5	3.148,2	0,5	5,8	2,7
2002	-0,1	1,2	0,6	1,2	3.154,5	0,2	6,1	1,8
2003	2,0	9,7	1,5	0,9	3.184,1	0,9	6,9	1,3
Nov. 03	2,6	9,5	-4,4	4,5	3.180,3	0,8	7,2	1,3
Dez. 03	4,4	10,6	1,6	-2,0	3.129,7	0,4	8,7	1,2
Jän. 04	2,7	9,5	0,4	-0,6	3.108,3	0,1	9,1	1,1
Feb. 04	4,3	-0,1	0,6	10,0	3.122,4	0,2	8,8	1,4
März 04	5,1	-5,5	3,6	-4,5	3.188,1	1,3	7,8	1,5
April 04	5,8	-0,2	3,4	7,5	3.169,0	0,1	7,1	1,6
Mai 04	6,7	-1,8	-3,6	4,9	3.193,6	0,2	6,3	2,1
Juni 04	5,9		7,1	-5,9	3.228,9	0,6	5,9	2,3
Juli 04				-1,1	3.298,4	0,7	5,7	2,3
Aug. 04					3.277,1	0,6	5,9	

1) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J-Benchmark			Wechselkurs ... /Euro		
	10.9. 2004	in 3 Monaten	in 12 Monaten	10.9. 2004	in 3 Monaten	in 12 Monaten	10.9. 2004	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Österreich				4,1	4,7	5,2			
Euroland	2,1	2,2	2,5	4,1	4,7	5,1			
USA	1,9	2,5	3,4	4,2	5,4	6,2	1,22	1,32	1,25
Japan	0,05	0,10	0,15	1,5	1,6	2,0	134,5	132	123
UK	5,0	5,3	5,4	4,9	5,7	5,8	0,68	0,67	0,67
Schweiz	0,7	1,1	1,6	2,6	3,3	3,6	1,54	1,52	1,50

Quelle: Statistik Austria; Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft, HVB Research

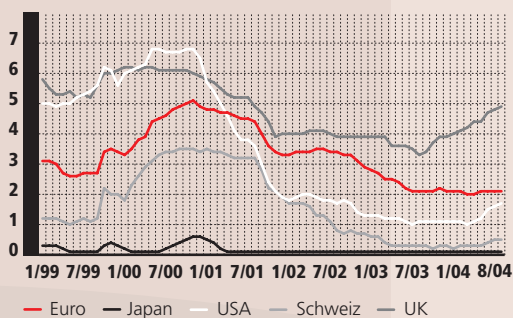
International

	BIP						VPI*					
	(real, Vdg. in %)						(in %)					
	2000	2001	2002	2003	Prognose		2000	2001	2002	2003	Prognose	
				2004	2005					2004	2005	
Österreich	3,4	0,8	1,4	0,7	2,0	2,0	2,0	2,3	1,7	1,3	1,6	1,3
Deutschland	2,9	0,6	0,2	-0,1	1,3	1,2	2,1	2,4	1,3	1,0	1,8	1,4
Frankreich	3,5	1,8	1,2	0,5	2,3	1,9	1,8	1,8	1,9	2,2	2,0	1,6
Italien	2,9	1,8	0,4	0,2	1,3	1,2	2,6	2,4	2,6	2,8	2,4	2,2
Euroland	3,5	1,5	0,9	0,5	1,8	1,5	2,3	2,5	2,3	2,1	2,2	1,8
USA	3,8	0,3	2,2	3,0	4,3	3,1	3,4	2,9	1,6	2,3	2,5	2,9
Japan	2,1	-0,2	-0,3	2,6	4,4	1,9	-0,6	-0,7	-0,9	-0,3	-0,2	-0,2
UK	2,9	1,9	1,7	2,2	3,1	2,8	2,1	2,1	1,3	1,4	1,6	1,8
Schweiz	3,0	0,9	0,2	-0,5	1,7	1,9	1,5	1,0	0,6	0,6	0,7	1,4

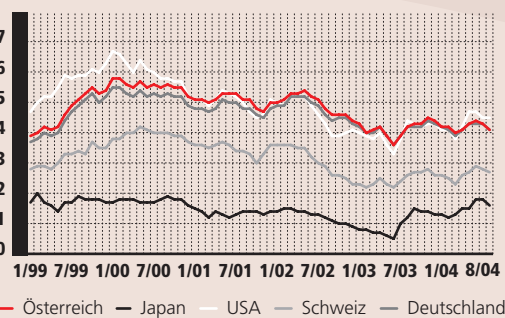
*) für Länder der Eurozone HVPI

	Budgetsaldo						Leistungsbilanz					
	(in % des BIP)						(in % des BIP)					
	2000	2001	2002	2003	Prognose		2000	2001	2002	2003	Prognose	
				2004	2005					2004	2005	
Österreich	-1,5	0,2	-0,2	-1,3	-1,1	-1,7	-	-	-	-	-	-
Deutschland	-1,3	-2,8	-3,5	-3,9	-4,0	-3,3	-	-	-	-	-	-
Frankreich	-1,3	-1,4	-3,2	-4,1	-3,8	-3,5	-	-	-	-	-	-
Italien	-1,5	-2,2	-2,3	-2,4	-2,9	-3,5	-	-	-	-	-	-
Euroland	-0,7	-1,4	-2,3	-2,7	-2,9	-2,7	-0,9	-0,1	0,9	0,3	0,9	0,7
USA	2,4	0,9	-3,4	-3,8	-4,0	-3,8	-4,5	-4,3	-4,6	-4,8	-5,3	-5,3
Japan	-7,4	-7,1	-8,0	-7,7	-7,8	-8,0	2,5	2,1	2,8	3,2	3,6	3,3
UK	1,8	0,8	-1,6	-3,1	-2,9	-2,8	-2,0	-2,1	-1,7	-1,7	-2,3	-2,6
Schweiz	-0,3	-0,3	-0,5	-1,1	-1,3	-0,8	13,1	12,5	8,7	10,2	11,1	11,6

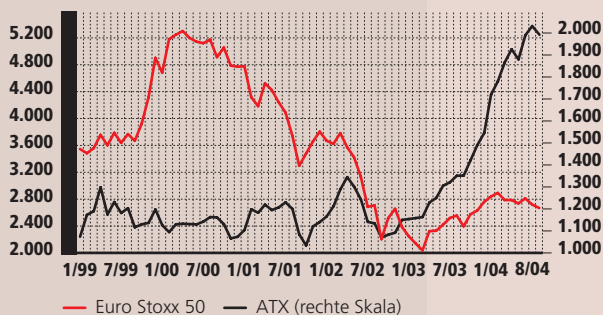
3-Monatsgeld



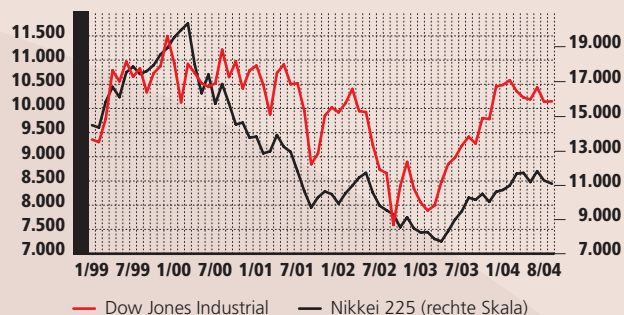
Sekundärmarktrendite



ATX/Euro Stoxx



Dow Jones/Nikkei 225



Quelle: Nationale Statistiken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft, HVB Research

Osteuropa

BIP

(real, Vdg. in %)

	2001	2002	2003	Prognose		1989 = 100 2003
				2004	2005	
Bulgarien	4,1	4,9	4,3	4,3	4,8	82
Kroatien	4,4	5,2	4,3	3,8	3,5	91
Polen	1,0	1,4	3,8	5,8	4,4	135
Rumänien	5,7	5,0	4,9	5,9	5,2	92
Russland	5,1	4,3	7,3	7,2	5,9	77
Slowakei	3,3	4,4	4,2	5,3	4,6	114
Slowenien	2,7	3,4	2,3	3,3	3,3	124
Tschechien	2,6	1,5	3,1	3,7	3,6	105
Ukraine	9,2	5,2	9,4	11,0	6,0	52
Ungarn	3,8	3,5	2,9	3,6	3,9	115

Industrieproduktion

(real, Vdg. in %)

	2001	2002	2003	Prognose		1989 = 100 2003
				2004	2005	
Bulgarien	0,7	3,9	15,3	14,1	11,9	66
Kroatien	6,0	5,4	4,1	3,5	4,0	66
Polen	-0,1	8,7	8,7	13,4	9,9	155
Rumänien	8,4	6,0	3,4	5,0	4,5	56
Russland	4,9	7,0	7,0	6,8	6,2	56
Slowakei	7,6	6,7	5,3	6,9	6,5	108
Slowenien	2,9	2,4	1,4	5,1	3,5	86
Tschechien	6,8	4,8	5,8	9,0	5,0	96
Ukraine	14,2	7,0	15,7	17,0	8,0	80
Ungarn	3,6	2,8	6,4	8,3	6,9	154

Privater Konsum

(real, Vdg. in %)

	2000	2001	2002	2003	Prognose	
					2004	2005
Bulgarien	3,2	4,6	3,4	6,8	6,0	7,0
Kroatien	4,2	4,6	6,6	4,1	3,3	3,0
Polen	2,7	2,1	3,3	3,1	3,5	3,7
Rumänien	-0,8	6,9	5,2	7,3	8,0	5,7
Russland	9,3	8,6	7,8	8,1	5,7	5,4
Slowakei	-0,9	4,9	5,3	-0,6	3,0	4,2
Slowenien	0,2	2,4	1,0	2,9	3,4	3,1
Tschechien	2,5	3,6	4,0	4,9	3,4	3,5
Ukraine	4,0	7,5	4,5	6,0	4,5	4,2
Ungarn	5,0	5,3	9,4	7,6	2,8	3,3

Bruttoanlageinvestitionen

(real, Vdg. in %)

	2000	2001	2002	2003	Prognose	
					2004	2005
Bulgarien	15,4	23,3	8,5	13,8	15,6	12,2
Kroatien	-3,5	9,7	10,1	16,8	6,0	5,5
Polen	2,7	-8,8	-6,8	-0,9	5,2	9,8
Rumänien	5,5	9,1	8,3	9,2	9,9	11,7
Russland	13,2	11,6	3,0	12,9	7,8	11,4
Slowakei	-7,2	13,9	-0,9	-1,2	4,7	7,8
Slowenien	0,2	-0,4	1,3	5,5	7,5	6,3
Tschechien	5,3	5,4	3,4	7,4	10,4	5,5
Ukraine	6,5	13,2	6,0	16,0	20,0	5,0
Ungarn	7,7	5,0	8,0	3,0	10,3	6,5

VPI

(in %)

	2000	2001	2002	2003	Prognose	
					2004	2005
Bulgarien	10,3	7,4	5,8	2,3	6,2	4,5
Kroatien	6,2	4,9	2,3	1,8	2,6	3,2
Polen	10,1	5,5	1,9	0,8	3,7	3,9
Rumänien	45,7	34,5	22,5	15,3	11,8	9,2
Russland	20,8	21,5	15,8	13,6	10,8	10,7
Slowakei	12,2	7,1	3,8	8,5	8,3	3,5
Slowenien	8,9	8,4	7,5	5,6	3,7	3,0
Tschechien	3,9	4,7	1,8	0,1	3,0	3,2
Ukraine	28,2	12,3	0,8	5,2	7,0	7,0
Ungarn	9,8	9,2	5,3	4,7	6,9	4,5

Arbeitslosenquote

(in %)

	2000	2001	2002	2003	Prognose	
					2004	2005
Bulgarien	18,1	17,5	17,4	14,3	12,9	12,0
Kroatien	21,5	22,3	22,5	19,5	18,9	18,5
Polen	13,9	16,1	19,9	19,7	18,7	17,9
Rumänien	10,9	9,0	10,2	7,6	7,1	8,2
Russland	10,5	9,0	8,0	8,4	8,5	8,6
Slowakei	18,2	18,3	17,8	15,2	14,5	13,5
Slowenien	7,0	6,5	6,3	6,7	6,5	6,4
Tschechien	9,0	8,5	9,2	9,9	10,2	10,0
Ukraine	11,7	11,1	10,1	8,7	7,0	6,5
Ungarn	6,4	5,7	5,8	5,9	5,8	5,7

Quelle: Nationale Statistiken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Osteuropa

Budgetsaldo

(in % des BIP)

	Prognose						Prognose					
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bulgarien	-1,0	-0,9	-0,7	0,0	0,0	-0,7	-5,6	-7,2	-5,3	-8,4	-8,2	-8,0
Kroatien	-6,3	-6,4	-5,2	-6,3	-4,8	-3,9	-2,5	-3,7	-8,4	-7,3	-6,4	-5,5
Polen	-1,8	-3,5	-3,6	-4,1	-5,6	-4,2	-6,1	-2,9	-2,7	-2,0	-2,1	-3,0
Rumänien	-4,0	-3,3	-2,6	-2,3	-2,0	-2,1	-3,7	-5,5	-3,4	-5,7	-6,2	-5,8
Russland	3,0	3,9	1,0	1,4	0,5	0,3	17,9	11,3	8,4	8,3	7,2	6,0
Slowakei	-12,3	-6,0	-5,7	-3,5	-3,7	-3,2	-3,3	-8,6	-8,2	-0,8	-0,9	-1,0
Slowenien	-3,0	-2,7	-1,9	-1,8	-1,9	-1,8	-2,9	0,2	1,7	0,1	-0,4	-0,7
Tschechien	-4,5	-5,2	-6,4	-12,9	-5,5	-5,0	-4,9	-4,7	-6,0	-6,5	-6,0	-5,5
Ukraine	2,1	-1,5	0,2	0,1	-0,8	-1,0	4,8	3,7	7,7	5,9	6,8	1,2
Ungarn	-3,0	-4,7	-9,2	-6,0	-4,8	-4,2	-8,6	-6,2	-7,0	-8,9	-8,2	-7,3

Leistungsbilanz

(in % des BIP)

FDI-Zufluss

(in Mio. Euro)

	Prognose						Prognose					
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bulgarien	998	803	876	1.398	2.245	2.126	88,9	77,8	72,2	65,6	57,5	55,3
Kroatien	1.089	1.561	1.124	1.956	1.350	1.400	59,9	57,0	67,6	81,5	77,3	77,5
Polen	9.538	5.710	4.135	4.254	5.090	5.650	42,1	39,8	40,6	45,0	46,5	43,9
Rumänien	1.048	1.174	1.130	1.523	3.741	2.752	28,7	30,7	31,2	32,8	35,1	36,7
Russland	2.714	2.469	3.461	1.144	6.008	1.476	54,0	48,7	44,3	42,1	33,3	28,4
Slowakei	1.920	1.500	3.850	594	1.670	2.226	53,4	55,2	55,7	53,7	46,7	46,6
Slowenien	71	371	1.748	-126	375	504	45,8	47,5	48,9	53,0	55,8	55,5
Tschechien	4.944	5.478	8.317	2.363	4.713	6.206	38,6	37,3	32,9	34,7	33,9	32,9
Ukraine	450	769	693	1.424	1.400	1.500	63,5	53,7	52,4	48,2	44,0	42,1
Ungarn	1.234	2.063	2.514	2.632	3.125	3.528	64,2	64,9	55,8	62,3	60,6	63,4

Auslandsverschuldung

(in % des BIP)

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J-Benchmark			Wechselkurs ... /Euro		
	13.9. 2004	in 3 Monaten	in 12 Monaten	13.9. 2004	in 3 Monaten	in 12 Monaten	13.9. 2004	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Polen	7,0	7,6	7,3	7,0	7,3	7,1	4,4	4,5	4,6
Slowakei	4,0	3,7	3,5	5,0	5,0	5,3	40,1	39,5	39,0
Tschechien	2,7	2,9	3,6	5,0	5,2	5,6	31,6	31,5	31,0
Ungarn	11,1	10,9	10,9	8,9	8,5	8,5	249,0	255,0	270,0

Quelle: Nationale Statistiken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft